

Zürcher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Zürcher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementssatz beträgt bei der Lieferung durch die Ausläger monatlich 450 Fr.

Reklamation und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Telefon Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepunktene Postkarte oder deren Raum 180 Pg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 180 Pg., Reklame 500 Pg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 151.

Freitag, den 1. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Italienische Politik.

Dr. L. Kübel, 1. Juni.

Briand und Lloyd George mögen reden und verhandeln soviel sie wollen, der Schwerpunkt der gegenwärtigen Ententepolitik liegt doch in Rom. Die oberösterreichische Frage steht vor der Entscheidung, das Orientproblem verwirrt sich mehr und mehr. In beiden Fällen steht englisches Interesse gegen französisches; Italien aber, der Dritte im Bunde, gibt den Ausschlag. Und nun ist das Merkwürdige, daß Italien in Oberschlesien neben England steht, in Kleinasien aber die gleichen Interessen hat wie Frankreich.

Die Gründe, die Italiens Haltung in der oberschlesischen Frage bestimmen, sind wirtschaftliche; politische Rücksichten aber leiten die italienische Außenpolitik in der Orientfrage. Diese Gegenüberstellung gibt die Lösung für das Verständnis der jetzigen Regierungsfrage in Rom.

Giositti, der, trotz seines hohen Alters, überragende Ministerpräsident, hat bekanntlich demissioniert, obwohl er noch eine Kammermehrheit für sich hatte; auch wird er wahrscheinlich die Leitung des neuen Kabinetts wieder übernehmen. Das gibt zu denken. Für solch sonderbares Beginnen muß er auch sonderbare Beweggründe haben.

Man erinnert sich der italienischen Wahlen. Giositti hatte die alte Kammer aufgelöst in der Hoffnung, die kürz vorher gespaltene sozialistische Partei wesentlich verringerter wiederkehren zu sehen, und in der gleichzeitigen Zuvorwahl, die ebenfalls geschwächten Popolari (eine demokratische klerikale Partei) für eine Koalition der Mitte zu gewinnen. Beide Hoffnungen erfüllten sich nicht. Die Sozialisten feierten ohne große Verluste wieder, und die ungeschwächten Popolari weigerten sich entschiedener als vorher, mit Nationalisten zu paktieren. So blieb Giositti nichts anderes übrig als von den übernationalistischen Faschisten abzurücken, und die Koalition mit Hilfe der Popolari nach links zu erweitern.

Das war aber deswegen eine schlechte Lösung, weil das Kabinett in seinem Zusammensetzer Sforza noch sehr stark nationalistisch bestimmt war. Dieser Sforza ist ein Diplomat der alten Schule, gewandt und glatt, und seine ganzen Kombinationen beruhen auf machtpolitischen Überlegungen. Er hatte deswegen nur einen Blick für Adria und Orient, und sein ganzes Streben ging darauf hinaus, eine erhebliche Stärkung Griechenlands zu verhindern. Er stimmte darin überein mit Frankreich, das seit der Wiederwahl Konstantins Griechenland keine ruhige Stunde mehr gönnt. Und diese Übereinstimmung übertrug sich naturngäblich auch auf Oberschlesien, wo in den letzten Wochen Sforza bekanntlich stark einer polenfreundlichen Lösung zuneigte. Und, das wichtigste, er scheint sich Briand gegenüber irgendwie gebunden zu haben; denn obwohl die Kammer ihm verschiedentlich ihre Zustimmung versagte, hielt er seinen Sessel fest und verschanzte sich hinter dem Ansehen Giosittis.

Dieser, sowieso etwas durch den Ruf starker Deutschfreundschaft belastet, hatte gebundene Hände; er konnte Sforza nicht ausschiffen, ohne nach außen eine Schwäche gegen Frankreich zu dokumentieren.

Andererseits aber verlangte die Kammer in ihrer neuen demokratischen Zusammensetzung mehr und mehr eine Berichtigung der wirtschaftlichen Notlage Italiens, und eine Abkehr von den geheimen diplomatischen Ränken mit den imperialistischen Hintergedanken Sforzas. In der großen politischen Aussprache schmolz dann auch die Regierungsmehrheit auffallend zusammen; mehr und mehr Stimmen wurde laut, daß Italien ein wirtschaftlich starkes Deutschland brauche, und daß es deswegen für eine gerechte Teilung in Oberschlesien eintreten müsse, ganz abgesehen davon, daß es nur von einem deutschen Oberschlesien die Kohlen in der gewünschten Menge und Billigkeit erwarten könnte.

Giositti sah ein, daß die Lage für Sforza unlösbar geworden war; und er bot dem König die Demission des ganzen Kabinetts an. Seither ist die Regierungsbildung in der Schwebе, und die alten Minister werden höchstwahrscheinlich

wiederkehren, ohne Sforza allerdings, den man auf diese Weise höflich entfernt hat.

Der Umschwung, der zu erwarten ist, erwacht in Paris einige Unruhe; man befürchtet eine Abkehr von den Richtlinien Sforzas. Eine solche Abkehr kann der oberschlesischen Sache und auch Deutschland im allgemeinen nützlich sein. Warnen möchten wir aber davor, sich zu großen Hoffnungen hinzugeben; der Umschwung wird vor allem darin bestehen, daß in Rom jetzt wieder italienische Politik getrieben wird, ohne Rücksicht auf Frankreich. Allerdings kann auch das für uns schon ein Fortschritt sein; vorausgesetzt, daß wir verstehen, deutsche Politik zu machen und endlich von den preußisch-wilhelminischen Gedankengängen loszukommen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Nun scheint der Krieg um Syrien und Konstantinopel wirklich begonnen zu haben. Nach den vorliegenden Nachrichten geht es den Griechen schlecht. Ihre linke Flügelgruppe, die die Bagdadbahn gegen Konstantinopel abdeckte, hat ihre Stellungen bei Izmid geräumt, und damit den Türken den Weg nach Konstantinopel geöffnet. Die griechische Hauptmacht kämpft östlich und südöstlich Smyrna; auch sie verteidigt eine Eisenbahnlinie — die Verbindung Smyrnas mit der Bagdadbahn. Auch hier scheinen den Griechen nur Misserfolge beschieden zu sein; wenigstens wissen die vorliegenden Nachrichten nur von solchen zu berichten.

VZ. Paris, 30. Juni.

Wie die Mitter besichtigen, hat die Kemalistische Offensive ihren Anfang genommen. Die Türken haben mit Erfolg in den Abschnitten von Izmid, Brussa und Usak angegriffen. Bei Izmid gelang es ihnen, den größten Teil der nach Eskiari führenden Eisenbahnlinie zu besiegen. Damit ist der Weg nach Konstantinopel frei. Die Kämpfe in der Gegend von Brussa scheinen mehr den Zweck zu verfolgen, die dort operierenden kleineren Abteilungen der kemalistischen Truppen miteinander zu verhindern, um so eine einheitliche Front herzustellen.

Nach dem „Petit Parisien“ sind die im Abschnitt von Usak eingeleiteten Kämpfe die wichtigsten. Hier hatte die griechische Front bisher einen annehmbaren Vorprung. Die hier begonnene Schlacht wird voraussichtlich über das Schicksal Smyrnas entscheiden.

Aus Athen liegt weder eine Bestätigung noch ein Dementi dieser Meldungen vor. Eine Havas-Depesche aus Konstantinopel besagt, daß nach Nachrichten aus sicherer Quelle die Griechen im Abschnitt von Usak eine Niederlage erlitten hätten. Die 13. griechische Division sei vollständig zerstreut worden und wird gegenwärtig von der türkischen Kavallerie verfolgt.

Eine weitere Havas-Depesche aus Konstantinopel meldet, daß in Treboli eine bulgarische Mission eingetroffen ist, die sich von dort nach Angora begeben will. Diese bulgarische Mission ist nach Galib Bey, dem früheren Minister des Innern der provisorischen Regierung von Thraxien, begleitet.

Die britischen Behörden haben, wie aus Athen gemeldet wird, den Griechen die Inseln Lemnos und Imbros übergeben. Königin Sofia von Griechenland trifft diese Woche in Smyrna zum Besuch der dortigen Militärhospitäler ein.

Sehr zu denken gibt die Nachricht, daß eine bulgarische Abordnung unterwegs nach Angora sei. Möglicherweise hat Bulgarien die Absicht, die Notlage Griechenlands auszunützen, um sich in Thraxien bessere Grenzen, und vor allem einen brauchbaren Hafen zu verschaffen.

Die Aussichten im Südosten sind also wunderschön. Der Vertrag von Sevres wird immer blutleerer, statt Frieden hat er ewigen Krieg gebracht. Und die Lage im nahen Orient berührt Deutschland viel mehr, als es äußerlich den Anschein hat. Wie wir bei anderer Gelegenheit erwähnten, hängt die Stellungnahme der Alliierten in der oberschlesischen Frage teilweise von der Entwicklung in Kleinasien ab.

Österreich und Litauen vor dem Völkerbundsrat.

VZ. Genf, 29. Juni.

Der Rat des Völkerbundes hat gestern in geheimer Sitzung den von seiner Finanzkommission ausgearbeiteten Plan zur Sanierung des österreichischen Finanzwesens angenommen. Die Ausführung des Planes hängt insoweit nur noch davon ab, ob die alliierten Gläubiger Österreichs für zwanzig Jahre auf die Gestaltung ihrer Forderungen verzichten. Von den Großmächten der Entente hat bisher nur Italien diesen Verzicht nicht festgestellt. — Der Rat befürgte sich alsdann mit der Beschwerde

Österreichs gegen die serbisch-kroatisch-slowenische Regierung wegen Verletzung des Artikels 207 des Vertrages von St. Germain. Der Vertreter Österreichs nahm einen Vorschlag des serbischen Vertreters an, der um Vertragung der Beschwerde ersucht. Seine Regierung sei bereit, sich direkt mit der Wiener Regierung über diese Angelegenheit zu verständigen.

Der Rat nahm schließlich am Nachmittag in öffentlicher Sitzung die Verhandlungen über den polnisch-litauischen Konflikt über Wilna wieder auf. Der Belgier Huysmans teilte mit, daß der Rat den beiden Parteien einstimmig folgenden Vermittlungsvorschlag unterbreite:

Die in Brüssel begonnenen Verhandlungen zwischen Vertretern Polens und Litauens werden am 15. Juli unter dem Vorsitz Huysmans auf der Grundlage des von diesem ausgearbeiteten Vorentwurfes wieder aufgenommen. Die in dem umstrittenen Gebiet wohnenden Volksgruppen können zur Geltendmachung ihrer Wünsche Vertreter zu diesen Beratungen entsenden. Die Gültigkeit des zu vereinbarenden Abkommens hängt von der Zustimmung des polnischen und des litauischen, sowie des Wilnaer Landtages ab, dessen Einführung im Vorentwurf vorgesehen ist. Die Truppen des Generals Jeligowski sind vor dem 1. August aus dem Wilnaer Gebiete zurückzuziehen, soweit es sich nicht um Soldaten handelt, die in diesem Gebiete selbst heimatberechtigt sind. Auch die öffentlichen Beamten, die nicht heimatberechtigt sind, müssen das Gebiet verlassen. Die Internationalisierte Militärmission wird beauftragt, eine aus 5000 Mann bestehende Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu bilden, und die polnische und litauische Regierung sollen sich verpflichten, die Kommission während der Übergangszeit bis zur endgültigen Erledigung des Streites bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens empfahlen den beiden Parteien die Annahme dieses Vorschlags. Der Vertreter Polens erklärte, er glaube, daß seine Regierung den Vorschlag annehmen werde. Der Vertreter Litauens lehnte die Bestimmung ab, in der vom künftigen Landtag Wilnas die Rede ist, weil dies Ergebnis der Verhandlung voreingeht. Die litauische Abordnung behielt sich deshalb vor, zunächst ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Die Schlußrede war zum Teil sehr lebhaft. Mit ihr hat übrigens die diesmalige Tagung des Völkerbundes ihr Ende erreicht.

Was in Bayern verboten ist.

Gestern berichteten wir aus München, daß ein sozialdemokratisches Flugblatt beschlagnahmt, daß die Druckmaschine zum Stehen gebracht ist und die Matrizen zerstört worden sind. Unterdessen ist nun auch der Inhalt des Flugblattes bekannt geworden. Wir geben die hauptsächlichsten Stellen daraus wieder. Sie lauten wörtlich:

„Sein Volk liebhaben, heißt nicht Aufrumpfen, Maulausreißen, Chrabhschneiden. Sein Volk liebhaben, heißt an alle Kinder des Volkes denken, an die Armen und Schwachen und Kranken, auch an die Verirrten und Verdorbenen; die schlägt man nicht mit dem Knüppel tot, sondern zu denen spricht man wie der Vater zum Sohn! Und für Auschreitungen sind genügend Gesetze und Institutionen zur Sühne vorhanden. Wer das deutsche Volk wirklich lieb hat, der denkt nicht nur an sein eigen Haus und Hof und das Stück Land, das man vom Kirchturm gerade überschauen kann, der sorgt sich auch um die hungrigen Brüder in den Fabriken, in den Werkstätten und in den Bergwerken.“

In dem Wahnsinn dieser Zeit glüht ein Meer von Funken eines neuen Menschentums. Es entzündet sich in jeder kleinen Hütte, in dem Steinhaus, bei euch oben in den Bergen und bei uns im Tal und der Ebene!

Denn der Hass wird sterben und die Liebe wird leben! Der Oberländer, der Schwabe, der Niederbayer und der Franken, der Landbewohner wie der Städter, alle lieben sie ihre Heimat und die Religion, in der sie erzogen sind.

Lassen wir die Religion, die Herzensache jedes einzelnen ist, nicht zu politischen Geschäften und zur Verhetzung missbrauchen. Diejenigen, die das Leben zu anderer Anschauung gebracht hat, sind nicht minderen Charakters. Lernen wir wenigstens auf diesem Gebiete die Überzeugung des einzelnen achten!

Bekennen wir uns zur Religion der Armen und Schwachen, der Arbeitenden!

Dann wird niemals eine fanatische Faust aus Bayerns stämmigen Söhnen sich gegen einen der Unseren erheben! Dann wird auch er unser Evangelium begreifen!

„Du bist ein Mensch! Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst! Du sollst nicht ausheulen! Du sollst nicht töten!

Und so etwas verbietet der Münchener Polizeipräsident! Täglich zu Judenpogromen und politische Morde aufzureißen, das ist völlig in Ordnung; Menschentum und Rüchtensiede predigen, das ist ein Verbrechen!

Flatte, schwarz-weiß-rote Fahne, flatte im Winde!

Der Kampf um die Sanktionen.

Rosens erste Parlamentsrede.

Deutscher Reichstag.

127. Sitzung.

Donnerstag, 30. Juni, nachm. 2 Uhr.
Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Voigtscherr (NSP.) wird nicht erteilt.

Das Gesetz, betreffend die Neuregelung der im § 68 Absatz 1 usw. des Handelsgesetzbuches sowie im § 138 Absatz 1 der Gewerbeordnung vorgesehenen Gehaltsgrenze wird dem sozialen Wohlstand überwiegen. Gegenso die Vorlage über die Wochenhilfe, die Wohnsorge und anderweitige Feststellung der Leistungen und Beiträge aus der Invalidenversicherung.

Es folgt der Bericht des Bildungsausschusses über die Verwendung der ehemaligen militärischen Bildungsanstalten.

F. zu Büßl (SD) fordert Einrichtung der Schulen als Simultan-Schulen.

Mumm (DVP.) bestreitet, daß die höheren Schulen grundsätzlich Simultan-Schulen seien.

Staatssekretär Schula erklärt, daß der Erziehungs- und Unterrichtsbetrieb in diesen Anstalten sich selbstverständlich innerhalb des Gesamtorganismus des deutschen Schulsystems bewegen müsse.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag Müller-Franzen (SD) und Dr. Pachnicke (DDP.), der die Bildungsanstalten im Rahmen des Art. 146 der Reichsverfassung dem konfessionellen Schulbesitz verübliegen will, im Hauptausschuß mit 151 gegen 148 Stimmen der Linken und Demokraten abgelehnt. Der Ausdrucksantrag wird im übrigen angenommen.

Darauf wird beschlossen, das Wehrmachtsversorgungsgesetz von der Tagessordnung abzulegen und die Behandlung der Interpellation über die Sanktionen um eine halbe Stunde zu verschieben.

Es folgen Nachtragssätze. Beim Haushaltssplan der Reichsverschaffungsverwaltung erläutert

Breunig (USP.): Das Defizit der Eisenbahn kann nur behoben werden, wenn die Vertreter der Arbeiter und Beamten zur Mitarbeit herangezogen werden.

Reichsverkehrsminister Groener: Über die Auszahlung der Arbeitserlöse haben im Reichsverkehrsministerium keinelei Erwägungen in irgendeiner Form stattgefunden.

Brunner (SD): Es kommen immer wieder Vorstöße gegen die Arbeiter vor. Man will eben die Durchführung des Betriebsverfassungsgesetzes für unmöglich erklären. Durch die Mitarbeit der Arbeitnehmer werden in den Betrieben mehr Millionen erspart, als für sie aufgewandt werden.

Die Beratung wird darauf abgebrochen.

Es folgt die Beratung der Interpellation Dr. Striemann (DVP.) auf

Befreiung der Sanctionen.

Dr. Zapf (DDP.) begründet die Interpellation. Die Sanktionen sind nach dem Wort Lloyd Georges auf Grund des Friedensvertrages verhängt worden. Wenn aber § 18 Teil 2 des Friedensvertrages so ausdehnend auszulegen ist, daß die Entente das Recht zu jeder Maßnahme hat, so wäre die Unterwerfung unter den Vertrag überhaupt überflüssig gewesen. Die Erfüllung des Ultimatums wird ungeheuer schwer sein. Sie wird ein noch größeres Erleichtern der Not des Volkes herbeiführen. Wenn auch die Erfüllung zunächst Haupt, so bietet der Vertrag doch Punkte genug, in denen man Gründe für die Fortdauer der Sanktionen finden kann. Die Sperrung der Abhängen hat den gesamten Verkehr lahmgelegt. Nach Westen dagegen wird der Verkehr sogar bedeutend erleichtert, so daß über die Westgrenze Waren und angehende Mengen Alkohol, Seifen, Lutuswaren aller Art flößen. Unser Devisen aber bröckeln in Millionen hincus. (Zuruf links: Sie trünen ja nur französische Kognac!) Täuende von Erbrennen stehen zugrunde, wenn die französische Weininsel fortgelegt wird. Eine weitgehende Auslandsfestigung unserer Industrie durch die Franzosen hat eingefehlt. Man werde bei bester Rezeptur an, wie im Saarbezirk. Dort sind 14 der größten Unternehmen in französische Hände übergegangen. Heute sind bereits drei Viertel dieser Werke in französische Hände, weil ihnen die Verbindung mit den Heimatstellen fehlt und weil auch Frankreich sich durch eine unüberwindbare Zollmauer abschließen hat. In der letzten Zeit sind die Sanktionen sogar stark übertritten worden. Der deutsche Kolonialist ist abgedreht. Die französische Presse verlangt die Befreiung der Sanktionen. Man will einen Bufferstaat am Rhein einrichten. In Polen hat man einen Bundesgenossen. Gewiß sind auch im französischen Frieden Inneres erfolgt, aber wie gering waren sie im Vergleich zu den heutigen. (Zuruf des Abg. Gräfin: Frankreich ist die Grundlage für Verständnis!). Stein, die Geburtskunde des französischen Militarismus ging der Deutschen voran. Wer heute noch an den guten Willen Deutschlands zweifelt, der hat jedenfalls den guten Willen nicht und wenn sein Mund noch so sehr von Freiheit überfüllt. Die Rheinländer habe ihre Pflicht getan und erwarten von uns das gleiche.

Wimper des Auswärtigen Dr. Rosen: Bei der Belebung der Sache im Weiten haben wir in einer Note die Unvereinbarkeit dieser Note mit dem Vertrag von Versailles bezweckt und in Paris, London und Brüssel Verhandlung gegen diese Belebung des Vertrages vorgetragen und das Rheinlandabkommen eingeföhrt. Unsere Provinz hat ungefähr verhofft. Sie hofften auf anerkannte Rechtsgrundlage. Die Belebung der Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf hat schwere militärische und andere Erfüllungen mit sich gebracht. Die neue Politik führt für mich nach wirtschaftlichen Bedürfnissen, sondern beweist, daß zur Annahme des Ultimatums zu verzichten. Um so mehr war die Erwartung berechtigt, daß sie nach der Annahme im Ratifikationsrat würde. Nachdem Deutschland die zugesagte Abnahme hatte, den Verpflichtungen zu entsprechen und in Ausführung derselben wichtige Leistungen geleistet hat, haben die Sanktionen jeden Grund verloren. Ihre Errichtung möge ein einfaches und klarer Schluß der Sache. Die deutsche Regierung hat diese Standhaftigkeit mit allen Rücksicht bei den alliierten Mächten ausgestanden. Der Rückzug der französischen Kommission für auswärtige Politik bei ihr in den letzten Tagen mit der Belebung des Rheinlandabkommen leicht. Dabei hat sie durchwegs eine klare Zustimmung ausgesprochen. So habe jetzt den deputierten Botschafter ausgesetzt. Erstand auf das große Interesse unserer Partei zu machen. Der Botschafter hat daraufhin vorgenommen eine Unterredung mit Briand geführt. Briand hat ihm mitgeteilt, er habe im Komiteesausschuß ebenso wie im Generalausschuß, bei Sanktionen bei Sanktionen keine erhöhte Stellung, wenn das Objekt, auf das es sich bezieht, vereinfacht ist. Dieser Botschafter hat bemerkbar mit allem Nachdruck herausgestellt, daß der deutsche Regierung nach seiner Meinung für die Sanktionen wegen Nichterfüllung der im Ultimatum festgestellten Verpflichtungen gemacht werden müsse. Treffen bekannt Briand auf keinen Einbruch. In Vereinbarung mit mir steht die Resolution des französischen Komiteesausschusses zu beraten, welche die militärischen oder militärischen Sanktionen aufzugeben werden können, bevor die Ver-

pflichtungen mit Rücksicht auf welche die Sanktionen angewandt wurden, voll ausgeführt sind. Die deutsche Regierung wird sich damit nicht zufrieden geben. Ich gebe Ihnen die Sicherung, daß nichts unterlassen werden ist, nichts unterlassen werden wird, um die Aufhebung der Sanktionen zu erreichen. Mit unserem Standpunkt finden wir auch bei einem Teil der Alliierten Verständnis. So will Graf Stora für die Aufhebung der Sanktionen eintreten. Ich habe keinen Grund für die Annahme, daß die italienische Regierung ihren Standpunkt in dieser Frage zu ändern beabsichtigt. Ich habe kurz nach meinem Amtsantritt unseren Botschafter in London ersucht, bei der englischen Regierung mit allem Nachdruck dahin vorstellig zu werden, daß die Gewaltmaßnahmen alsbald aufgehoben werden. Lord Curzon erinnerte in seiner Antwort den deutschen Botschafter daran, daß ebenso wie die Beendigung in gemeinsamer Konferenz der Alliierten erfolgt sei, diese auch nur durch dieselben Autoritäten wieder aufgehoben werden könnten. Die britische Regierung sei zu ihrer Auflösung bereit. Aber vorausgesetzt, daß Deutschland in Bezug auf Reparationen und Entwaffnung die Bedingungen des Ultimatums pünktlich ausführen. Aus dieser wie aus anderen Gründen habe die britische Regierung einer viel früheren Zusammenkunft des Obersten Rates in Frankfurt entgegengesehnt. Angenähert hätte die französische Regierung nicht bestimmt und sich, wie Lord Curzon fürsichtig in seiner Unterredungen mit Briand festgestellt habe, durchaus ablehnend verhalten.

Die französische Regierung habe auf Gefahren von Seiten irregulärer deutscher Truppen verwiesen, die erst beseitigt werden müssen, und daß die Bedingungen des Ultimatums sozial erfüllt werden. Dagegen sei die britische Regierung gern bereit, die Angelegenheit zur Erörterung zu bringen. Lord Curzon habe auf eine baldige Zusammenkunft des Obersten Rates gedrängt, wobei diese Frage erörtert werden sollte. Allein Wahrscheinlichkeit nach würde der Rat im Laufe des Monats Juli zusammentreten. Lord Curzon riet dem deutschen Botschafter, den Zeitraum bis dahin durch prompte Erfüllung der Bedingungen des Ultimatums, besonders der Entwaffnung der Einwohnerwehren usw. auszufüllen, um wenn möglich zu erreichen, daß die übrigen Alliierten vor Zusammentreffen des Botschafterrates der Sache günstig gegenüberstehen.

Wir wollen das Ultimatum getreu erfüllen. Deutschland

hat alle Fristen und Bedingungen bezüglich der Entwaffnung

und der Reparationsleistungen genau erfüllt. Die Verhandlungen

hieraus in Wiesbaden beweisen unsere Bereitwilligkeit

zu Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen. Wir werden

uns auch in Zukunft die genaue Erfüllung unserer Verpflichtungen angelegen sein lassen. Wir müssen aber, wenn nicht auf das

Gerechtigkeitsgefühl, so doch mindestens auf den praktischen Sinn

der Gegenseite vertrauen können. Es ist ein Widersinn, von

Deutschland übermenschliche Reparationsleistungen zu verlangen

und zugleich Maßnahmen aufrechtzuhalten, die unseren Gläu-

bigen nichts nützen, unsere Leistungsfähigkeit aber vermindern.

Mit Bewegung und Dankbarkeit stellen wir die würdige und ein-

mäßige Haltung fest, die die Bevölkerung der Rheinländer in

dieser neuen Prüfung eingenommen hat. Derartige Prüfungen

trüpfen nur das Band noch fester, das die Rheinländer mit dem

übrigen Deutschland verbindet.

Das Haus tritt in die

Besprechung der Interpellation

ein.

Sollmann (SD): Der Standpunkt der französischen Regierung, daß die Aufhebung der Sanktionen von der Erfüllung des Ultimatums abhängen soll, ist widerrechtlich. Mit den Sanktionen sollte unsere Unterwerfung erzwungen werden. Nach dieser Unterwerfung mußten sie daher fortsetzen. Nicht einmal die Auflösung der militärischen Organisationen hat irgend einen Vorwand für die Aufrechterhaltung geliefert. Um so mehr aber muß hingewiesen werden auf die von den Sanktionen hervorgerufenen ungeheuren wirtschaftlichen Verwüstungen. Nach dem Friedensvertrag sind Sanktionen nur im Interesse des Rheinlandes zulässig. Daher ist das ungeheure Elend der Massen, die Folge der Sanktionen, ein blutiger Hohn auf den Friedensvertrag. Der französische Standpunkt wird aber nicht von allen Kreisen der Entente selbst in Frankreich geteilt. Für den französischen Kapitalismus sind die Sanktionen dasselbe, was der Krieg für die Kapitalisten aller Länder war. Nordfrankreich steht verrostet, aber am Rhein geben sich Tausende von Franzosen dem Flüchtigang oder häuslicher Spielserei hin. Das einzige Attidum ist, daß die Abneigung der rheinländischen Bevölkerung gegen die französische Imperialismus von Tag zu Tag wächst. Zu Düsseldorf sind allein 418 Schulräume von den Franzosen bezeugt, was eine unerhörte geistige Vermüngung der Jugend zur Folge haben mög. Zum Bau einer Kapelleriefabrik sind 26 Millionen Platz von der Stadt angefordert. Die Wohnungsnot im kleinen Gebiet ist ungeheuer verschärft. Die Franzosen irren sich, wenn sie glauben, daß die sozialistischen Arbeiter die allgemeine Entrückung nicht teilen, denn die Sanktionen sind eine Hilfe für die Arbeit und ein Paradies für das internationale Schießereum, das durch das Loch im Westen triumphierend Einzug hält. Im Rheinlande sind jetzt so viele Lutuswaren aufgespeist, daß man Deutschland für mehrere Jahre damit versorgen könnte. Eine einzige Einfuhrbewilligung betrug mehr als die deutsche Gesamtumsfuhr vom Jahre 1918. Wie die „Söldner-Zeitung“ zufolge, haben sich auch deutsches angehende Kaufleute, ohne Rücksicht auf die Geländefürschaft, an dieser Einfuhr beteiligt. Ein Reichsbeamter Simon hat seiner eigenen Kamera die Einfuhrbewilligung für englische Textilwaren im Betrage von 2 Millionen Mark erzielt. Die Reichsregierung muß sich um die wirtschaftliche Seite der Sanktionen noch viel mehr kümmern, denn das wirtschaftliche Kampf fest im Vordergrunde. Sie muß zum Beispiel bei Angelegenheiten wie dem Spiritusmonopol noch gerillter aufpassen, damit uns nicht von deutschen Kaufleuten der deutsche Schaden zugefügt wird. Manche der wirtschaftlichen Organisationen, die am lautesten gegen die Annahme des Ultimatums geschrien haben, sind am schnellsten den Weg zur Revolutionskommission. Geschäftsbüroverbindungen mit dieser Kommission dürften überhaupt nur durch Vermittlung der Rheinlandkommission geführt werden. Die Regierung muß dem französischen Bemühen dies Reichskommissariat zu besetzen, den kürzesten diplomatischen Widerstand entgegenstellen. Für Frankreich gibt es nur eine Wahl: Entweder ein vorübergehendes Aufblühen seiner Quersindustrie infolge der Sanktionen und Verzicht auf Erfüllung der Reparations, oder aber Erfüllung der Reparationsforderungen durch Deutschland. Die Sanktionen sind einfach eine Gebotage des deutlichen Reparationszahlungen. Im Rheinland ist das deutsche Volk von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen einschließlich in seinem Widerstand gegen den französischen Krieg. Wir haben nichts gegen die französische Kultur, aber wir haben die entsprechende Körperschaft der Kämpfer des französischen Krieges. Die Massen im Rheinland werden niemals französisches entstehen, ebenfalls wie die französischen Arbeiter Deutschlands jeweils deutlich empfunden hatten. Wir benötigen die Aufhebung der Sanktionen, weil es ein Verbrechen ist, da der Bevölkerung

Der deutsche Reichshaushalt für 1921.

Berlin, 29. Juni. Für das Rechnungsjahr 1921 schließt der gesamte Reichshaushaltplan im ordentlichen Etat mit 48 459 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe. Es fehlen an ordentlichen Einnahmen 4250 Millionen Mark zur Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben. 49 180 Millionen Mark sind im außerordentlichen Haushalt ungedeckt und durch Anteile zu beschaffen. Unter den außerordentlichen Einnahmen von 10,5 Milliarden Mark befindet sich ein Betrag von 7,8 Milliarden Mark aus dem Reichsnatopfer, der zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Etats mit herangezogen werden soll. Aus dem Reichsnatopfer wird für das Rechnungsjahr 1921 eine Einnahme von insgesamt 10 Milliarden Mark erwartet. Für die Reichspol- und Telegraphenverwaltung sind die Fehlbeträge für 1921 veranschlagt mit 4515 Millionen Mark. Die Ausführung des Ultimatums in haushaltlicher Beziehung ist im Haushalt für 1921 noch nicht zum Ausdruck gekommen, sie wird einem besonderen Nachtragshaushalt vorbehalten.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Antrage seines Unterausschusses, der die grundlegende Regelung der Erwerbslosenfürsorge behandelt. Dieses Problem soll in erster Linie durch eine planmäßige Umschichtung der Bevölkerung gelöst werden. Das Arbeitslosenproblem ist mit den Fragen der Wirtschaft engste verbunden. Erwerbslose, die keine Beschäftigung finden können, brauchen zur Sicherung des Existenzminimums eine finanzielle Unterstützung. Vor allem aber muß man den Beschäftigungslosen Arbeit verschaffen. Dazu dient erstmals eine großzügige Neuordnung und Anliegerziehung. Zweitens die Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel, drittens eine Abänderung des Reichsiedlungsgesetzes. Um die noch bestehenden Hemmnisse der Siedlung zu beseitigen, viertens die Umlernung städtischer Arbeiter für Landwirtschaft und Gartenbau, fünftens die Schaffung von Kulturländern, namentlich um die großen Städte durch Nutzarmut von Gebäuden und Ausbau zu gärtnerischer Siedlung, sechstens die Förderung der Kultivierung und Besiedlung von Moorländern unter möglichster Berücksichtigung des Naturschutzes. Der Arbeitsschaffung soll vor allem eine Förderung des Baugewerbes in Stadt und Land dienen, und zwar: 1. durch Baubehilfe, 2. durch Anregung der privaten Bautätigkeit auf dem Wege steuerlicher Erleichterung und freier Verfügung über Neubauten, 3. die Bekämpfung ungünstiger hoher Preise der Baustoffe, 4. durch schnellere Förderung des Baues von Kanälen, 5. durch Neubau notwendiger Verkehrsstraßen und Wiederherstellung stark abgenutzter Landstraßen, 6. durch Beschleunigung der Wiederaufbauparbeiten, 7. soll mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge die allgemeine Ausbauparbeiten an den Wohnhäusern in Angriff genommen werden. Vor allem sollen die Neuerungsarbeiten der öffentlichen Verkehrsbetriebe förmlich in Auftrag gegeben und die Mittel bereitgestellt werden.

Eidesverweigerung von Staatsbeamten in der Provinz Pommern.

U. Berlin, 30. Juni. Der amtliche „Preußische Presse-dienst“ schreibt: Vor kurzem ging durch die Presse die Nachricht, daß der Amtsvertreter des Kreises Belgard, Bez. Köslin, es abgelehnt hatte, sich durch den Landrat Dr. Ahrens auf die Versetzung vereidigen lassen. Hierzu ist nun mehr festzustellen: Beide Führer in dieser Eidesverweigerung ist inzwischen das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet und beide sind von ihrem Amt als Amtsvertreter suspendiert worden, während der Regierungspräsident die übrigen Eidesverweigerer in die höchstzulässige Geldstrafe benommen hat. —

Corruption: Ist oder einst?

V. Im Kasseler Stadtparlament hat Oberbürgermeister Scheidemann an den fürchterlichen Abrechnung mit den Urhebern der gegen ihn gerichteten Hege gehalten. Die Berliner rechtsstehende Presse ließ sich noch am selben Tage telefonieren, daß Scheidemann möglich unterlegen sei und seine Tage als Oberbürgermeister gezählt wären. Der inzwischen eingetroffene Bericht jener Sitzung zeigt, daß hier einmal wieder die Figitheit auf Kosten der Richtigkeit gegangen ist.

Die vom Genossen Scheidemann vorgebrachten Tatsachen waren so niederschmetternd für die Ankläger, daß die späteren bürgerlichen Diskussionsredner von den angeblichen Fehlern Scheidemanns in der Stadterwalzung gar nicht mehr zu reden wagten, sondern sank und frei erklärten, die Opposition richte sich gar nicht gegen den Oberbürgermeister Scheidemann, sondern gegen den Politiker Scheidemann, weil seine Reden in Volksversammlungen den Herren nicht gefallen. Keiner von ihnen konnte Scheidemanns Feststellungen bestreiten, daß Kassel von allen deutschen Großstädten mit seinen Haushalt am besten abschneidet.

Am klügsten aber brach der Vorwurf der „Günslingswirtschaft“ zusammen, der daran basierte, daß als Jugendpflegerinnen „zulässig“ zwei Töchter von sozialdemokratischen Stadtvorordneten angepeilt worden seien. Große Scheidemann konnte darauf nicht erwidern, daß niemand die Qualifikation der beiden Damen für ihr Amt bestritten hätte, sondern er erinnerte daran, daß er selbst vor Jahren als Kasseler Stadtvorordneter eine Interpellation eingebracht hatte, in der die Tatsache enthüllt wurde, daß bei der Vergabe von jüdischen Millionenausträgen im alten Kassel alle ausführenden Unternehmer „zulässig“ Mitglieder der bürgerlichen Stadtvorordnetenfraktion gewesen sind. Ueber diese Feststellung konnten die bürgerlichen Parteien nur durch verlegenes Schweigen quittieren, und der gehässigste Gegner Scheidemanns, ein Justizrat Bill, gestand seine völlige Ratlosigkeit ein, indem er nach anfänglicher Wortmeldung aufs Wort verächtigte.

Siehe gegen S. 622.

Ein Gesetz über den Austritt aus der Kirche.

Ein einheitliches Reichsgesetz wäre zu schaffen über den Austritt aus seiner Religionsgemeinschaft mit folgenden Bestimmungen:

Der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft erfolgt durch schriftliche oder mündliche Erklärung gegenüber dem zuständigen Standesamt. Der Erklärende hat sich über seine Person durch Vorlegung einer Urkunde (Geburtsurkunde, Meldechein; Nach- oder Vergleich) auszuweisen. Die schriftliche Erklärung bedarf der Bezeugung durch eine öffentliche Behörde. Verleugnung durch Vollmacht ist zulässig. Zur Abgabe der Erklärung ist jede Person berechtigt, die das 16. Lebensjahr vollendet hat. Für Personen unter 16 Jahren kann der gesetzliche Vertreter den Austritt aus der Religionsgemeinschaft erklären. Mit der Abgabe der Erklärung ist der Austritt vollzogen. Der Austritt bewirkt die Befreiung von allen Leistungen, zu denen die ausgetretene Person als Mitglied der religiösen Gemeinschaft bis zu ihrem Austritt verpflichtet war.

In der Begründung heißt es:

„Über den Austritt aus einer Religionsgesellschaft sind in den deutschen Ländern verschiedene Gesetze erlassen worden, die in wesentlichen Bestimmungen voneinander abweichen. Zur Verstärkung der Rechtspflege und Schaffung klarer Rechtsverhältnisse wäre ein einheitliches Reichsgesetz notwendig.“

Kulturrecht.

Der Deutsche Monistenbund hat dem Reichstag, dem Reichsrat und der Reichsregierung eine Reihe von Eingaben unterbreitet, der wie folgendes entnehmen:

Hinwendung des Personenstandsgesetzes.

In dem Personenstandsgesetz vom 6. Februar 1875 ist als § 45a einzuführen:

„Vor dem Aufgebot ist von jedem Verlobten ein amtsärztliches Zeugnis über eine in der letzten Woche vor der Anmeldung des Aufgebots vorgenommene Untersuchung seines Gesundheitszustandes beizubringen, die sich insbesondere auf Geschlechtskrankheiten, ansteckende Hautkrankheiten, Tuberkulose, Krebs, Geisteskrankheiten und Epilepsie erstreckt haben muss. Jeder Verlobte hat das Recht, das ärztliche Zeugnis über den Gesundheitszustand des andern Verlobten einzusehen und sich davon eine Abschrift ausfertigen zu lassen. Das gleiche Recht steht dem Inhaber der Sorge für die Person des Verlobten zu, falls dieser minderjährig ist.“

Zur Anwendung der Vorschriften wären Verordnungen zu erlassen, daß die Ärzte, wenn sie eine Krankheit feststellen, den Verlobten auf die Gefahr dieser Krankheit für den anderen Teil oder die Nachkommen hinzuweisen haben. Die Begründung verweist auf die gewaltige Bedeutung der vererblichen Krankheiten und die Notwendigkeit, solche Ehen möglichst zu verhindern. Andere Staaten, beispielsweise Norwegen, in seinem Gesetz über Eingehung und Auflösung der Ehe vom 31. Mai 1918, haben bereits ähnliche Bestimmungen erlassen.

Gefährlicher Rücksichtsvorwurf.

Berlin, 30. Juni 1921.

Der Tagelöhner Dietrich sagt aus, er wisse nichts davon, daß ein Befehl gegeben worden sei, jeden Verwundeten, jeden Gefangenen zu töten. Dann aber erzählt er im Widerstrich mit dieser Aussage, er habe selbst gesagt, wie Generalleutnant Stenger seinen um ihn versammelten Offizieren und Unteroffizieren und den dabei stehenden Mannschaften zugesagen habe: „Es werden keine Gefangenen gemacht!“

Zeuge Rechtmäßigkeitsrichter Kleinhaus aus Mühlheim bekundet, sein Feldwebel habe vor versammelter Kompagnie den Brigadeführer verlesen: „Vor heute ab sind keine Gefangene mehr zu machen. Sämtliche Gefangenen, ob verwundet oder nicht verwundet, sind niederzumachen.“ Gezeichnet: Generalmajor Stenger. Er habe sich geweigert, den Befehl auszuführen, worauf der Feldwebel ihn angefahren habe: „Wenn Sie das Maul nicht halten, kommen Sie vor das Kriegsgericht!“ Darauf sei ein Sergeant mit einem Mann gekommen und habe drei französische Gefangene eingeholt. Stenger habe ihn angefahren: „Haben Sie keine Kenntnis von meinem Befehl?“ Darauf habe der General beföhnen, daß die Leute abgeführt würden. Dabei habe Stenger zum Generalmajor Neubauer leise, aber verständlich gesagt: „Was soll ich mit den Kerls machen, ich kann sie doch nicht vor meinen Augen erschießen lassen. Das macht keinen guten Eindruck.“ Wenige Minuten darauf habe man aus der Entfernung einige Gewehrsalven gehört.

Stenger: „Ich erhebe energischen Widerspruch gegen die Richtigkeit dieser Behauptung. Etwas Derartiges ist nicht geschehen.“

Zeuge Neubauer: „Eine solche Vereinbarung wäre mir trotz der sieben Jahre, die seitdem vergangen sind, im Gedächtnis haften geblieben. Das hätte ich nie vergessen. Ich erkläre diese Aussage für eine Lüge!“

Vorsitzender: „Das dürfen Sie nicht sagen.“

Zeuge Neubauer: „Dann für einen Irrtum.“

Vorsitzender: „Auch das dürfen Sie nicht sagen.“

Zeuge Kleinhaus: „Alles beruht auf Tatsachen. Ich habe es selber aus 10 Meter Entfernung gehört.“

Eisenbaharbeiter Richard, Elsässer, erzählt, daß in den Wäldern bei Saarburg in Lothringen 12 bis 13 gefangene Franzosen erschossen worden seien. Ob verwundet oder nicht, wisse er nicht. Über die Einzelheiten macht der Zeuge höchst vertrauliche und widersprechende Aussagen.

Zeuge Maurer Oberdorf aus Hettig i. E. schildert, wie Stenger den Befehl gegeben habe, drei gefangene Franzosen sofort zu erschießen. Sie seien hinter das Haus geführt und dort niedergeschossen worden, obgleich sie die Hände hochgehalten und unter dem Hinweis, sie hätten Frau und Kinder, um Gnade gefleht hätten. Auf den Einwand des Vorsitzenden, der Zeuge habe doch nicht französisch verstanden, bemerkt dieser, er habe das eine Wort „marriage“ gehört und sich das übrige zusammengezettelt.

Dann wird der Zeuge Schmerler, wiederum ein Elsässer, vernommen. Er war Angehöriger der Kompagnie, die Major Crisius geführt hat. Am 28. August rief Major Miller die Befehlsträger des Bataillons zu sich und sagte ihnen: „Ein Brigadeführer ist getötet, alle Gefangenen sind zu erschießen.“ Crisius war dabei als Müller diesen Befehl erteilte. Es seien in jener Tagen circa 20 Verwundete erschossen worden. Nun erhebt der Zeuge die schwere Anklage, Crisius habe selber mit seinem Revolver auf Verwundete geschossen. Das sei am 21. August geschehen. Crisius springt mit allen Zeichen höchster Entrüstung von der Anklagebank auf und versichert feierlich, er habe niemals noch in seinem Leben einen Menschen totgeschossen. Als dann Crisius Auge in Auge dem Zeugen Schmerler gegenübersteht, erklärt dieser, er spreche die reine Wahrheit. Crisius habe mit seinem Revolver auf Verwundete geschossen.

Der militärische Sachverständige, Geheimrat Anton-Halle sagt aus, daß Crisius im Jahre 1916, als er zu ihm in Behandlung kam, gelagt habe, sein feindscher Zusammendruck sei hauptsächlich auf den verhängnisvollen Befehl, auf Gefangene zu zielen, zurückzuführen. Geheimrat Anton hält es für möglich, daß bei dem Zeugen wohl eine Gedächtnisstörung vorliege. Stenger hält dem Zeugen eine Zeitung entgegen und sagt, der Zeuge hat in dieser Zeitung erklärt, er erinnerte sich, daß er Befehle zu bringen,

dass ich den Befehl zur Erschiebung gegeben habe. „Wo steht der Befehl? Heraus damit!“ Der Zeuge gerät in Verlegenheit und erklärt, der Artikel sei nicht so auszupassen, und gibt dann zu, daß er keinen Beweis erbringen könne. Stenger: „Ich stelle dann noch ein weiterer eifersüchtiger Zeuge, Rembrandt, vernehmen, der ausagt, ihm sei bekannt gewesen, daß ein Brigadeführer das ausdrücklich fest, daß der Zeuge keine Belege dafür erbringen kann, doch ich den Befehl zum Erschieben erleiht habe.“ Es wird dann noch ein weiterer eifersüchtiger Zeuge, Rembrandt, vernehmen, der ausagt, ihm sei bekannt gewesen, daß ein Brigadeführer zur Erschiebung der Gefangenen aufgefordert habe.

Baldensperger, Ingenieur aus Mühlhausen im Elsaß, hat als Einjährig-Freiwilliger gedient, ist als Unteroffizier abgegangen und war 1914 Offiziersstellvertreter. Er gibt an, daß am 12. Oktober drei gefangene Engländer, die sich bei seiner Kompanie befanden, ihm von einem Kavallerieoffizier abgenommen worden sind. Im Weitergehen habe er beim Schwinden gesehen, wie die Engländer von Kavalleristen, denen sie übergeben worden waren, niedergeschlagen wurden. Darauf habe er nicht mehr nach hinten gesehen. Zehn Minuten später seien die Kavalleristen wieder an ihm vorbeigekommen, aber ohne die gefangenen Engländer. Daraus habe man geschlossen, daß die Engländer erschlagen worden seien.

Der Schmied Gustav Grönemann aus Halberstadt ist gleich in den ersten 14 Tagen gefangen genommen und in Frankreich einem Verhöre wegen des angeblichen Befehls unterzogen worden. Darauf hat der Zeuge in Frankreich ausgesagt, der Befehl habe lautet: Weil einem deutschen Verwundeten die Augen ausgeschossen sind, werden sämtliche Gefangene und Verwundete totgeschossen. Brigadeführer. Er habe an diesem Befehl auch geglaubt, weil davon gesprochen worden sei und er oft tote Franzosen mit Einschüssen an den Schläfen liegen gesehen habe. Etwa Bemerkungen weiß er nicht.

Berggraf Julius Heinrich, der als Ordonnanzoffizier beim Stab Stenger war, berichtet, wie der Stab von hinten beschossen worden ist, weiß aber nichts von einem Befehl, Gefangene zu erschießen. Dagegen gibt er zu, daß Stenger in bezug auf die hinterlistigen Schikanen gesagt habe, daß Leute müsse man gleich erschießen. Diese Neuerung könne vielleicht auch von Leuten gehört worden sein. Er erzählt weiter, daß die Herren vom Stab am 26. August in tiefer Depression vorgefunden habe. Ein Offizier habe geweint und erzählt, im Wald von St. Barbe müssten sich entsetzliche Dinge ereignet haben. Major Otto sei durch einen Schuß von einem Baum aus getötet worden. Hauptmann Crisius sei auf Grenze angestürzt, habe ihn am Arm gefaßt und gesagt, wir müssen uns retten, es ist aller verloren, vor uns stehen mehrere feindliche Regimenter. Men habe Crisius in diesem Moment allgemein für mahnunfähig gehalten.

Die Sitzung wird nach 3 Uhr nachmittags mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand von Generalleutnant Stenger auf den nächsten Vormittag 9 Uhr vertagt.

Gefechtsurteil in Neidenburg.

Aus der Fülle der uns täglich zugehenden Zuschriften über die Gefechtsurteile der deutschen Justiz gegen Angehörige der Arbeiterschaft und Mitglieder der sozialistischen Parteien sei heute folgender empörend Fall aus Ostpreußen mitgeteilt:

Am 14. Dezember vorigen Jahres fand in Neidenburg eine vom Gewerkschaftskartell einberufene Versammlung statt, zu der alle Verbraucher zwecks Abhilfe der Wirtschaftsschwäche durch Zeitungs- und Pressemitteilungen eingeladen waren. Zu dieser Versammlung war auch Untergesetzrat Sommer auf Einladung des Gewerkschaftskartells als Vertreter des Magistrats Neidenburg erschienen, der versprach, möglichst erfolgreiche Schritte gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Nach Schluss der Versammlung ordneten sich die Teilnehmer zu einem geschlossenen Bunde, um vom Landratsamt Neidenburg Stellungnahme zu verschiedenen wichtigen Punkten zu verlangen, die der Landrat trotz Einladung zu der Versammlung nicht erschienen war. Vor dem Kreishause angeklagt, begab sich eine Deputation, bestehend aus den Genossen Schwarz, Buttler, Tiedemann, Tomaszewski, Chzarnowski und Grabowski zum Landrat und übermittelte ihm die Wünsche der draußen harrenden Menge. Der Landrat Freiherr von Mirbach gab hierauf draußen vor dem Portal Erklärungen ab, die jedoch die Menge nicht befriedigten, worauf Zurufe erfolgten, wie: wie bleibt die Milch, wo die Butter für unsere Kranken und Greise? Der Frauenverein klagt zu seinem letzten Vergnügen zwei Eimer Milch und unsere Kinder sterben! Buttler und Schwarz gelang es, die Aufgeregten zu beruhigen. Der Landrat wußte auf alle diese Ausführungen nichts zu erwählen, als daß er dagegen nichts tun könne und jeder sich selbst helfen möge. Eine Versammlungsteilnehmerin, ein Fräulein Blöß, richtete an den Landrat die Frage, weshalb der Genosse Tautz für den Kreisausschuß abgelehnt worden sei. Hierauf erwiderte der Landrat: „Die Bürgerlichen haben es abgelehnt, mit einem solchen Manne zu arbeiten.“ Auf diese provozierende Zeugung hin sagte die Genossin Blöß zu ihrer Nachbarin: „Knut, das ist eins Gemeinheit!“ Aus der Menge heraus hörte man die Rufe: „Wir gehen nicht früher fort, bis uns geholfen wird, auch wen wir hier gleich anstrengen!“ (Von Gewalt oder Drohung war in keinem Falle die Rede.) Der Landrat begab sich nun mit der Deputation wieder in sein Arbeitszimmer, wo er zwei schriftliche Zusagen gab, und die Beschlagsnahme von Zentriktugeln in zwei Molkereien anordnete, um Milchproduzenten zu verhindern.

Der Zug bewegte sich nun nach dem Rathause, wo gleichfalls in völliger Ruhe Verhandlungen geführt wurden. Hierauf löste sich die Versammlung in aller Ruhe auf. Am nächsten Tage wurden Buttler und Grzesch auf Veranlassung des Landrats verhaftet und nach Allenstein transportiert. Erst am Weihnachtsabend erfolgte ihre Freilassung. Hierauf wurde Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben.

Die Beweisaufnahme vor dem Schwurgericht Allenstein ergab im wesentlichen die geschilderten Vorgänge. Sechs Beleidigungzeugen wurden vereidigt, während die 37 Entlastungzeugen trotz Einspruch der Verteidigung unvereidigt blieben. Die Verteidiger mahnten die Geschworenen, sich nicht zu einem Gewalturteil hinreissen zu lassen und verneinten insbesondere die Möglichkeit, im Falle der Genossin Blöß eine Schuld zu konstruieren. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage zur Zusammenrottung für alle Angestellten. Die Schuldfrage auf Rüttigung wurde für Schwarz, Buttler, Beyer, Grzesch und die völlig unbeteiligte Blöß beigelegt. Für die übrigen Angeklagten Tomaszewski, Tschernowski und Autowski, die sogar zur Deputation gehörten, wurden sämtliche Schuldfragen verneint. Sämtliche Angeklagten mit Ausnahme des Genossen Grzesch wurden leitens der Geschworenen mildende Umstände zugestellt. Das Urteil lautete: Für Schwarz 3 Monate Gefängnis, Buttler und Beyer 5 Monate Gefängnis, Grzesch und Fr. Blöß 6 Monate Gefängnis. Da sämtliche Angeklagten unbestraft sind und eine einwandfreie Vergangenheit haben, war für alle Strafaussetzung beantragt. Dennoch wurde diese abgelehnt, auch für Fr. Blöß, die erst 18 Jahre alt ist und für die die Anwendung der Strafaussetzung eine Selbstverständlichkeit hätte sein müssen.

Volkswirtschaft.

Landwirtschaft und Umlageverfahren.

V. Alle großen landwirtschaftlichen Körperschaften, wie der Deutsche Landwirtschaftsrat, Deutsche Bauernbund, Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, Reichsgrundbesitzerverband und Reichsbauernbund, Reichsverband der deutschen Lands- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände,

Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Vereinigung der deutschen Bauernvereine haben folgende einmütige Kündigung zur Ausführung des Umlageverfahrens in Getreide beschlossen:

Die landwirtschaftlichen Körperschaften stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der völlig freien Getreidewirtschaft. Nachdem das von ihnen betampfte Umlageverfahren, in dem sie eine Fortsetzung der Zwangswirtschaft nur in anderer Form sahen, beigegangen ist, werden die landwirtschaftlichen Körperschaften unter Berücksichtigung der dadurch geschaffenen Lage und im Interesse der Verbraucher den Landwirten schnellste Erfüllung der ihnen auferlegten Lieferungsverpflichtungen empfehlen, um sich behördliche Zwangsmassnahmen zu ersparen und um möglichst bald freie Wahl über die Überschüsse zu erhalten. Die landwirtschaftlichen Körperschaften erwarten, daß die Umlage der leicht zwangsläufige Eingriff dieser Art sein und nicht über das kommende Erntesatz ausgedehnt wird, mithin also auch wirklich den verprochenen Übergang zur völligen freien Getreidewirtschaft bedeuten wird. Um in dieser Beziehung Berücksichtigung in die durch das Umlageverfahren schwer entwischte Landwirtschaft zu ziehen, wird die Regierung erüft, nach der diesjährigen Herbstzeitstellung die völlige Beleistung jeder Zwangswirtschaft für Getreide mit dem Erntejahr 1922/23 gesetzlich festzulegen. Die Möglichkeit höchster Produktionssteigerung muß der deutschen Landwirtschaft endlich wieder zurückgegeben werden.“

Hier wird also wieder einmal mit erfreulicher Offenheit ausgesprochen, daß die Landwirtschaft in dem Umlageverfahren das Sprungbrett zur schleunigen Herbeiführung der freien Wirtschaft bei Weltmarktpreisen sieht. Eine Regierung, der es um die Erfüllung der Wiedergutmachung ernst ist, wird mit dieser Tatsache rechnen und zusehen müssen, wie sie die riesigen zu erwartenden Konjunkturgewinne in ne für den Reichsfädle erfaßt. Schon die Konjunkturgewinnabgabe in der Lederindustrie, einem verhältnismäßig kleinen Gewerbezweig, hat seinerzeit über 100 Millionen Mark erbracht, die zur Versorgung der minderbevölkerter Bevölkerung verwendet wurden. Viel mehr erfüllt das Umlageverfahren, das für einen bedeutenden Teil der Getreideproduktion bereits die Weltmarktpreise oder gar die freie Wirtschaft in den wichtigsten Nahrungsmitteln bringen soll, große Konjunkturgewinne den Landwirten bringen, die ohnehin von den meisten anderen Steuern, besonders von der Einkommensteuer, unverhältnismäßig wenig betroffen werden.

Ein so einfaches Verfahren wie eine einmalige Konjunkturgewinnabgabe kommt für die Landwirtschaft deshalb nicht in Betracht, weil mit dem Eintreten der Weltmarktpreise der deutsche Landwirt an dem Sinken der Valuta, das die Lebenshaltung des ganzen Volkes verteuert, unmittelbar interessiert wird und aus ihr am meisten Gewinne zieht. Die steigenden Preise aber haben bisher die Entwicklung der Landwirtschaft eher begünstigt als aufgehalten, wie die von ihren Vertretern oft zitierten, wissenschaftlich freilich anfechtbaren Produktionsziffern beweisen. Will also das Reich an den mit der Valuta steigenden Gewinnen der Landwirtschaft teilnehmen, so ist das nur in der Weise denbar, daß das Reich eine Hypothek in Goldmark auf den gesamten landwirtschaftlichen Grundbesitz legt. Die Zinsen dieser Hypothek steigen und fallen dann mit den Brotpreisen und mit der Valuta. Dadurch aber würde die Landwirtschaft gezwungen werden, durch eine großzügige Produktionssteigerung die Valuta zu stützen, indem sie die ausländischen Getreideimporte durch die Vermehrung der heimischen Erzeugung größtenteils überflüssig macht. Das kann sie nach dem Urteil ihrer maßgebenden Führer. So läuft das Interesse der Allgemeinheit an der Verteilung gleich mit dem an der Produktionssteigerung, und es wäre zu wünschen, daß die verantwortlichen Führer der Agrarier sich dieser Einsicht nicht verschließen. Tun sie es doch, so wird man ihren Reden von der Produktionssteigerung der Landwirtschaft weiter mit den Zweifeln begegnen müssen, die ihre oft unsachliche Agitation heraufbeschworen hat.

Butter-Auktion in Hamburg.

In der Auktion am Donnerstag der Meierei-Verbände für Schleswig-Holstein standen etwa 240 Käbelinge zum Verkauf, von denen etwa 25 unverkauft blieben. Die Preise zeigten fallende Tendenz und bewegten sich von 18–20,85 Mk. per Pfund, gegen 20,80–22,75 Mt. bei der Auktion in voriger Woche. Die Zusätze waren reichlich. Im Detailhandel werden die Butterpreise sich ab nächster Woche wohl um 2 Mk. erhöhen.

Devisen-Kurse.

	Hamburg, 30. Juni.	29. Juni.
Holland	100 fl.	2477,50
Kopenhagen	100 Kr.	1287,50
Stockholm	100 Kr.	1897,50
Kristiania	100 Kr.	1077,50
Helsingfors	100 finn. Mk.	1070,—
Schweiz	100 Frs.	121,75
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	13,—
Budapest	100 K.	28,50
Prag	100 K.	101,50
Spanien	100 Pesetas	987,50
London	1 £	281,25
Paris	100 Frs.	605,—
Belgien	100 Frs.	601,—
Italien	100 Lire	379,—
Bukarest	100 Lel.	114,—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.	76,25	74,62
do. briefl. Ausz. od. Scheck</		

Handarbeiten-Wettbewerb

September 1921 im St. Annen-Museum / Einlieferungs-Termin 15.-20. August

Jede Dame, die Sinn für schöne Handarbeiten hat, sollte sich an diesem Preisauftschreiben beteiligen

**Verband für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur
Ortsgruppe Lübeck**

Holstenhaus • Lübeck



Gutte, feine Fleischnot ist da!

Johann Müller's billige Fleischnot, MÜLLER,
Prima fettes Ochsenebeisch 9 M. 12 H.
Frisches Gefülltes 10 M. 14 H.
Schweins und Gefülltes 10 M. Hammelfleisch 10 H.
Rindfleisch 12 M. Rindsgele 16 H.
Pa. Schinkenfleisch 11 M. Rindsbauc 11 H.
Gute Rinder, Schweine, Rinder, Gefüllte.
Fernruf 2544.

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Wilhelm Rode Lübeck.
Glockengießerstraße 16 I.
Empfehl. Wiederbeschaffung mein reichhaltiges Lager
Zigaretten, Tabak, Zigarren
bekannter Marken zu Originalpreisen
Zigarren von M. 17.00 an. Altenacher Verkauf.
Prompter Post-Bericht. Fern. Sie Proff. (3549)

Kodermann.

Morgen Sonnabend
Ehren- u. Komponistentag
des beliebten Kapellens. Loretto mit verstärktem Orchester.
Nachmittags und abends Darstellung der größten Komponisten durch Minik.
Anfang 2 Uhr. Einstieg frei.

Arbeiter-Radfahr. Bund
„Solidarität“
Ortsgruppe Lübeck.

Einladung zum

27. Stiftungsfest
verbindet mit Freizeitlicher Sport und Ball
am Sonntag, dem 3. Juli 1921
im Gewerkschaftshaus.

Schießen:
Morgens von 10-12 Uhr und
Abendzeit von 4 Uhr an.
Schießanfang 3½ Uhr. Abgang 4 Uhr.
Das Festkomitee.
NB. Einzelheiten legen wir Ihnen
Dienstag vorwerden erläutert. Der Anschreibebogen
abende 9 Uhr im Gewerkschaftshaus einzuwerfen.

KONSUMVEREIN für Lübeck u. Umgegend, e. G. m. b. H.

Am Sonnabend, dem 2. Juli

verlegen wir unsere

Warenabgabestelle Fackenberg

von Segeberger Straße 35 nach unserem eigenen Hause

Segeberger Straße 43.

Nachdem es uns endlich gelungen ist, nach Überwindung vieler Schwierigkeiten, in dem eigenen Heim der Genossenschaft eine schmucke, zeitgemäße Warenabgabestelle einzurichten, bitten wir unsere werten Mitglieder, die bisher bewiesene Treue in vermehrter Weise zu bestätigen.

(3547) Der Vorstand.

LODEN Für die Reise!



**Mantel für Herren u. Damen,
Anzüge, Elegante Sportanzüge,
Elegante Sportkostüme,
Gummimantel in großer Auswahl,
Strickjacken, einfärbig, gestreift.**
Verlangen Sie neuesten Katalog! (3538)

GASSMANN Mühlenstr. 34

Stadttheater in Lübeck.

Konzert-Veranstaltungen.

Direktion: Paul von Bongardt.

Sinfonie- u. Volkstüm. Konzerte des Lübecker Sinfonie- und Stadttheater-Orchesters.

Leiter: Kapellmeister Karl Mannsteedt.

Spielzeit 1921/22.

Einladung zum Massen-Abonnement auf:

8 Sinfonie-Konzerte an Montagen
oder 8 Hauptproben zu den Sinfonie-Konzerten an Sonntag-Vormittagen
20 volkstümliche Konzerte im Stadttheater Montags
10 " " " im Kolosseum
10 " " " im " " Donnerstags.

Anmeldungen ab 2. Juli täglich oder per Telefon an die Theaterkasse, Eintrittspreise ab 9-12½ und 4-6 Uhr, unter Beilegung oder Vorlage der benötigten Abonnementkarte. Breite und weitere Angaben durch Prospekte in allen Buchhandlungen und Theaterkasse erhältlich, auch siehe Anschlagtafel. (3577) Die Direktion.

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Anfang 6 Uhr.
Heinrich Seite
25.

Im Kolosseum führt jeden Sonntag

Sinfoniekonzert „Auster“ ab Treppenloge 8.50 und
10.00 Uhr. ab Empore 5.50 und 7.00 Uhr.
Kabinett 2.50 Uhr. Kinder unter 10 Jahren 1.25 Uhr.
(3551) Eröffnung: Richard F. Th. Lindner.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Ortsverwaltung Lübeck.

Berfammlung

Kraftfahrer, Automonture, Fahrradschlosser usw.

heute, Freitag, den 1. Juli 1921.

abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Der Berufskraftfahrer und seine Organisation.

Referent: A. Reitz, Berlin, Mitglied des Reichsausschusses für Lust- und Kraftfahrsachen.
(3571) Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck
Ortsgruppe Moisling.

General- Versammlung

am Sonnabend, d. 2. Juli
abends 8 Uhr
im Lokale des Hrn. Siemers
Kaffehaus Moisling.

Die Tagesordnung wird
in der Versammlung be-
kanntgegeben.
(3552) Um zahlreiches Erscheinen
erachtet Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.**
Verwaltungsstelle Lübeck.

Berfammlung

der Gleithalter
am Sonnabend, d. 2. Juli,
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
(3549) Die Ortsverwaltung.

Achtung!

**Deutscher
Bauarbeiter-Verband.**
Bezirkverein Lübeck.

General- Versammlung

am Sonntag, den 3. Juli,
morgens 9 Uhr,
im Lokale von Friedr. Lender,
Hundestraße 41.

Tagesordnung:
1. Die vom Verbandsvorstand
festgestellten Beschlüsse.
2. Eingegangene Anträge.
3. Innere Verbandsange-
legenheiten.
Alle Vertreter müssen erscheinen.
(3568)

**Deutscher
Transportarbeiter-Verb.**
Ortsverwaltung Lübeck.
(3563)

Berfammlung

Ableiterplattarbeiter
am Freitag, 1. Juli,
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Bericht d. Lohnkommission
(3569) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

8 Uhr. (3561) 8 Uhr.
Keine Freitag.

Der große Schlager.

Mascottchen.
8 Uhr. Sonnabend. 8 Uhr.
Der große Erfolg.

Mascottchen.
8 Uhr. Sonntag. 8 Uhr.
Die melodientröhre Operett.

Mascottchen.
Die Ortsverwaltung.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 1. Juli.

Die Volkshochschule.

Am Dienstag abend hatte der Verwaltungsausschuss der Volkshochschule die Lehrer und Hörer der Schule zu einer Versammlung im Johanneum zusammenberufen, um hauptsächlich zu der Finanzierung der Volkshochschule Stellung zu nehmen. Herz-Direktor Möbus schilderte zunächst den Aufbau und die bisherigen Leistungen dieses Bildungsinstituts, das sich durchaus bewährt habe. Mehr als 400 Lehrgänge, an denen rund 15.000 Hörer und Hörerinnen teilnahmen, sind in den beiden letzten Jahren abgehalten worden. Leider sei die Zahl der Hörer und Hörerinnen im letzten Jahre wesentlich zurückgegangen. Die Ursache sei mit den erhöhten Gebühren, die den Hörern auferlegt werden müssten, zu suchen. Während anfangs die Gebühr für einen Kursus 5 Mark betrug, stieg dieser Betrag im letzten Jahre auf 15 Mark und jetzt sei man, da der bisherige Staatszuschuß nicht weiter geziert werden soll, gezwungen, 20 Mark zu erheben. Der Redner war der Ansicht, daß die Volkshochschule sich durchaus für die Ausbildung der Betriebsräte eigne. Man trage sich mit der Absicht, die Volkshochschule neu zu bilden und eine schärfere Trennung der Fortbildungs- und Fachlehrgänge von den eigentlichen Volkshochschulkursen vorzunehmen. Wenn der Vorschlag gemacht sei, die Arbeitsgemeinschaften einzuschränken und mehr Vorträge zu veranstalten, die infolge der größeren Hörerzahl geringere Beiträge ermöglichen, so müsse doch gesagt werden, daß Vorträge in der Hauptsache nur anregend wirken. Die Hauptaufgabe müsse die Gewinnung neuer Kursusteilnehmer sein.

Genosse Haut betonte u. a., daß die Lübecker Finanzverhältnisse Sparmaßnahmen auf allen Gebieten bedingen. Die Volkshochschule und ihre Bestrebungen schäke er sehr hoch. Es müsse aber dahin gestrebt werden, daß dieses Institut sich völlig frei und unabhängig entwickeln könne. Das lasse sich leider nach der Ansicht des Verwaltungsausschusses heute nicht ermdischen. Trotzdem dürfe dieser Gedanke nicht aufgegeben werden. Manche Einrichtungen, so auch die Gewerbeschulen, hätten sich von kleinen Einflüssen zu machtvollen Faktoren entwickelt. Genosse Haut besprach dann die Ablehnung des bisherigen Staatszuschusses und ging sodann näher auf die Lübecker Finanzverhältnisse und auf den Etat ein. Dieser sei seit 1912 von rund 8 Millionen Mark jetzt auf 153 Millionen Mark angewachsen. Die vermehrten Ausgaben hätten bei vielen Positionen zu Abstrichen geführt und so sei auch der Zuschuß zur Volkshochschule von 60.000 auf 45.000 Mark herabgesetzt worden. Die finanzielle Lage des Staates dürfte die Hörer bei der Nichterfüllung ihrer Wünsche nicht überraschen. Der Redner trat zum Schluß für die Erhöhung der Hörerbühne auf 20 Mark ein.

Die Aussprache war recht lebhaft. Die meisten Redner führten den Rückgang der Hörerzahl auf die erhöhten Gebühren zurück. Angeregt wurde, durch vermehrte Propaganda mehr Hörer zu gewinnen, um so eine Gebührenerhöhung zu verhindern. Die Ablehnung des bisherigen Staatszuschusses wurde von mehreren Rednern sehr kritisiert. Senator Brömme teilte die Ansicht von Haut nicht, daß sich die Volkshochschule selbst aus eigenen Mitteln erhalten müsse. Man solle im Volke mehr Propaganda treiben, damit mehr Interesse für die Schule geweckt würde. Die Ausbildung der Betriebsräte könne sehr wohl durch die Volkshochschule erfolgen. Ein Redner trat für Differenzierung der Gebühren ein. Die Ledigen könnten 20 Mark zahlen und die Verheirateten etwas weniger. Angeregt wurde auch in privaten Kreisen für die Volkshochschule zu werben und Mittel zu sammeln. Mehrere Redner sprachen gegen die Erhöhung der Gebühren. Genosse Haut wandte sich gegen verschiedene Neuerungen und wies einiges gegen ihn erhobene Angriffe zurück. Zum Schluß war die Versammlung der Ansicht, daß nach einer Änderung der Volkshochschule diese die Ausbildung der Betriebsräte übernehmen könnte.

Der Versammlung der Bürgerschaft am Montag liegt folgende Tagesordnung vor: I. Wahl eines bürgerlichen Mitgliedes bei der Stiftungsbehörde. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Mitmachung eines Zugvertrages zu der Übereinkunft der freien Hansestädte, bei der das Hanseatische Oberlandesgericht vom 25. Juni 1920. 2. Altersunterstützung an den Obergerichtsverwalter Wagner. 3. Änderung des Vertrages vom 4. Mai über die Errichtung einer gemeinsamen

Anstalt für die Invaliditätss- und Altersversicherung. 4. Regelung der Besoldungsverhältnisse des früheren Hanseatischen Gesandten Dr. Sieveling. 5. Festlegung des Schulgeldes für die mit der Gewerbeschule verbundene Handwerkschule. 6. Staatsbeiträge für die katholische Gemeindeschule. 7. Staatszuschuß für das Waisenhaus. 8. Voranschlag der öffentlichen Wohltätigkeits-Anstalten für 1921. 9. Haushaltssplan für das Rechnungsjahr 1921. 10. Überführung der Luisenstraße. 11. Reinigung der für Löschwasserabgabe in Betracht kommenden Wasserentnahmestellen. 12. Schaffung weiterer Gräber auf dem Ehrenfriedhof. 13. Nachbewilligung für die Lübecker Straßenbahn. 14. Rückübertragung und wiederholter Antrag auf Verkauf des ehemaligen Meiereigrundstück in Vorwerk. 15. Verkauf einer Landfläche auf dem Brimoll. 16. Verstärkung der Mittel für die Strafanstalt Lauerhof. 17. Auflösung von Dorfmaschinen. 18. Nachbewilligung für das Wohlfahrtsamt. 19. Hilfe für das Arbeitserinnerheim.

Der Bürgerausschuss erzielte in seiner Versammlung am Mittwoch folgenden Senatsanträgen die beantragte Mitmachung: „Nachbewilligung für die Steuerbehörde: Mittel für die Kriegsgefangenenfürsorge; Anständigung der Spiekhäuser in Schlinup und Krempendorf; Beihilfe an die Berggemeinde Haindorf; Nachbewilligung von Mitteln für die Regulierung des Weges Beeloe-Schlutup; Erweiterung des Hochhauses in Traevemünde; Einwäscherung des Schulhofes auf dem Grundstück Königstr. 15; Verkauf einer Landfläche an die Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft; Entschädigung des Besitzers des Grundstücks „Travelskraut“ in Moisling; Verkauf eines Bauplakets in Küthen; Verkauf von Grundstücken an Anwohner der Elbmündung; Verkauf einer Grundfläche in Kronsförde an den Händler Herzog; Verkauf einer Landfläche an die Firma Hartiguhwerke „Sims“ Aktiengesellschaft; Verkauf einer Fläche an den Kaufmann Ouihan; Austausch von Landflächen in Trens; Ausbau der Krügerstraße; Nachbewilligung auf die Ausgaben der Forstverwaltung für das Wirtschaftsjahr 1920. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde der von der Bürgerschaft überwiesene Antrag Dregler auf Überweisung von 10.000 M. für die Ausbildung der Betriebsräte in einer von B.-M. Haut abgeänderten Fassung der Bürgerschaft zur Annahme empfohlen, die folgenden Wortlaut hat: „Die Bürgerschaft erachtet den Senat, in den Haushaltssplan des Jahres 1921 der „Lübecker Volkshochschule“ den Betrag von 10.000 M. für die Ausbildung der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes im Wirtschaftsgebiet Lübeck mit der Einschränkung, daß die zur Verfügung gestellten Mittel nur im Einvernehmen mit der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes verwendet werden dürfen, zur Verfügung zu stellen.“

Eine örtliche Versammlung der Bankangestellten, die vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten einberufen war, tagte am Mittwoch abend in Knorr's Restaurant. Es galt Stellung zu nehmen zu dem Reichstarif im Bankgewerbe. Gauleiter Bauer-Hamburg hatte das Referat übernommen. Er führte zunächst aus, daß es sich heute nicht allein um die Verbesserung der wirtschaftlichen Erfissen handele, sondern auch um die Festhaltung und Sicherung der Errungenschaften des Reichstarifs. Der Reichstarif habe den Bankangestellten zweifellos manche Vorteile gebracht. Das Gehalt sei um 50 bis 100 Prozent erhöht worden. Trotzdem reiche das heutige Einkommen nicht aus zu einer halbjährigen anständigen Lebensführung. Die bisherigen Erfolge seien in der Hauptstadt durch den geschlossenen Willen der Bankangestellten und durch die Macht ihrer Organisation erreicht worden. Die Vertreter der Banke laufen nun Sturm gegen den Reichstarif. Sie haben in einer geheimen Versammlung den Abbau des Tariffs gefordert. Die Arbeitszeit soll verlängert und die Gehälter herabgesetzt werden. Der Redner streifte dann die volkswirtschaftliche und politische Entwicklung im Reich und ging dann des näheren auf die in Berlin fürstlich geführten Tarifverhandlungen ein. Die Vertreter der Banke haben sich mit Händen und Füßen dagegen gemacht, daß bei den Verhandlungen auf die hohen Gewinne der Banke Bezug genommen wird. Bezeichnend ist ferner die von bayrischen Bankvertretern ausgewiesene Mißachtung vor bestehenden Reichsgesetzen. Bayern will ebenso die sozialen Reichsgesetze wie verschiedene andere Reichsgesetze sabotieren. Der Schiedsspruch, der nach den Verhandlungen von den Unparteiischen gefällt worden ist, steht außer der geringen Erhöhung der Kinderzulage eine Gehalts erhöhung, einschließlich der Teuerungszulage, von rund 800 Mark vor. Bis zum 8. Juli haben beide Parteien über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches eine Erklärung abzugeben. Angehört der Riesengewinn der verschiedensten Banken müsse man es als einen Standort bezeichnen, daß die geringe Forderung

der Bankangestellten abgelehnt worden seien. Nach dem bisherigen Verhalten der Bankeleitung sei sogar mit einer Absehung des Schiedsspruches von dieser Seite zu rechnen. Die Situation sei also bitter ernst. Geschlossenes Handeln der Banke angestellten und Ausbau der Organisation könne nur zum Ziel führen. — In der Ausprache erkannte Herr Dittmann von dem Deutschen Bankbeamten-Verein die Sachlichkeit des Referenten in seinem Vortrage an, verwahrte sich aber dagegen, daß seine Organisation gegebene Versprechen nicht halten würde. Genosse John trat warm für ein gemeinsames und geschlossenes Handeln der in Betracht kommenden Organisationen in dieser schweren Situation ein. Einigkeit ist die Vorbedingung aller Erfolge. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten, in der er eindrücklich die Anwesenden zu voller Pflichterfüllung gegenüber der Organisation ermahnte, fand die Versammlung ihr Ende.

Achtung, S.-P.-D.-Metallarbeiter! Morgen abend um 7 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Fraktionsversammlung statt, in welcher der Koll. Wuschka - Berlin über das Thema „Wie ist eine Gefundung der Gewerkschaftsbewegung möglich“ sprechen wird. Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen, die auf dem Boden der S.-P.-D. stehen, ist unbedingt notwendig. Ferner wird zu der Generalversammlung des Verbandes in Jena im September d. J. Stellung genommen. Eintreten nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches und des Mitgliedsbuches der Partei. Der Fraktionsvorstand.

Radikal-kommunistische Verherrlungskunst.

Die „Hamburger Volksatz“ brachte kürzlich unter der Überschrift: „Sozialdemokratische Solidarität“ folgende Notiz aus Lübeck: „Auf dem Hochsenswert müssen Sammellisten, die die Kollegen auffeuern lassen, vom Betriebsrat gestempelt werden. Mehrere SPD-Genossen wandten sich an den Obmann des Betriebsrates, den SPD-Mann Delfs, und ersuchten ihn, Sammellisten für die „Rote Hilfe“ zu stempen. Herr Delfs weigerte sich, dies zu tun, mit der Begründung, es sei hierfür ein Beschluss der Betriebsversammlung notwendig. Bisher stempelte Herr Delfs die Listen ohne Beschuß der Betriebsversammlung. Daraus kann man den Schluss ziehen, daß es Delfs nur darauf ankommt, die Sammlung für die „Rote Hilfe“ zu verhindern. Die SPD-Zeitung jammern darüber, daß Trotzkarier von den Ausnahmegerichten zu insgesamt mehr als 2000 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. Das ist die offizielle Thrasse der SPD. Die Praxis seiner Partei zeigt uns Herr Delfs. Den Opfern der weisen Justiz — „Ihrer Justiz“ — soll nicht geholfen werden, das ist der Wille der führenden Geister in der SPD.“

Hierzu schreibt uns der angegriffene Genosse Delfs: „Die ganzen im obigen Artikel enthaltenen Angaben sind völlig aus der Lust gezeichnet. Der nämliche Tatbestand ist folgender: Drei auf unser Werk beschäftigte Genossen der VKPD waren vor einigen Wochen wegen Verteilung aufreizender Flugblätter vom Schöffengericht Lübeck kostenpflichtig zu einer Geldstrafe von je 300 Mark verurteilt worden. In der Hauptverhandlung wurde vom Verteidiger der Angeklagten, den Zeugnissenberichten folge, die Erklärung abgegeben, daß die gegen die Angeklagten verhängten Strafen nicht von diesen, sondern von anderer Seite, d. h. von der Partei gezahlt werden würden. Vor einigen Tagen erschien nun ein unserer Betriebsrat angehöriger VKPD-Genosse bei mir im Bureau des Betriebsrates und legte mir 14 Sammellisten zur Unterstempelung und Gegenzeichnung vor. Auf Befragen, welchem Zweck die Sammellisten dienen sollten, erklärte der betreffende VKPD-Genosse, daß die einkommenden Gelder zur Deckung der Geldstrafen und der Kosten in Sachen der verurteilten drei Genossen verwendet werden sollten. Aus den Listen selbst ging der Verwendungszweck nicht hervor, selbige waren lediglich mit dem Bemerk „Sammellisten“ am Kopf verzeichnet. Von den betreffenden VKPD-Genossen wurde bei der Unterredung mit seiner Söhne erwähnt, daß die Sammellisten für die „Rote Hilfe“ bestimmt seien. Es handelte sich um eine reine Parteiaktion und mußte ich die Unterstempelung und Gegenzeichnung aus diesem Grunde gemäß der bisher bei uns gültigen Geplogenheit sofort ablehnen. Dem betreffenden VKPD-Genossen sagte ich dieses mit dem Hinzufügen, er möge die Listen ruhig bei mir lassen, ich würde die Angelegenheit in einer in den nächsten Tagen stattfindender Betriebsversammlung zur Sprache bringen und besprechen. Ich zweifelte keinen Augenblick daran, daß die Belegschaft die Vornahme der Sammlung auf meine Befürwortung hin dann auch beobachten würde. Es wurde von mir noch hinzugefügt, daß in diesem Falle auch das Ergebnis

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

Fortsetzung.

Während dieses Spruches hatte Bürgi, der lustige Schreiner, sich das Ding auch überlegt, und als abermals eine kleine Stille herrschte und der Silberschmid schon ein längeres Gesicht machte, eröffnete sich der Schreiner also: „Auch mit ist ein Gedanke aufgetaucht, lieber Freunde, der vielleicht zum großen Spazier gehen darf. Ich habe vor Jahr und Tag für ein fremdes Brautpaar ein zweischläfiges Himmelbett bauen müssen vom schönen Nussbaumholz, mit Maserfurnieren; täglich steht mir das Pärchen in der Werkstatt, mah lange und Breite und läßt mich vor Gesellen und Lehrbüchern, weder deren Witze noch Anspielungen scheuen. Mein als es zur Hochzeit kommen sollte, da führen sie plötzlich auseinander wie Hund und Katz, kein Mensch weißt warum, das eine verschand dafün, das andere dort hin und meine Bettstatt blieb bei mir stehen, wie ein Hells. Sie ist unter Brüdern hundertjährig Franken wert; ich will aber gern achzig verlieren und ghebe sie für hundert. Dann lassen wir ein Bett dazu machen und sollen es vollständig ausgerüstet in den Gabentempel mit der Aufschrift: „Für einen ledigen Edigen“.

Ein fröhliches Gelächter belohnte diesen Gedanken; nur der Silber- und der Eisenmichel lachten still und säuerlich, doch als bald erhob Pfister, der Wirt, seine starke Stimme und sprach mit seiner gewohnten Offenheit: „Wenn es gilt, ihr Herren, doch jeder sein eigenes Horn zu Blasen bringt, so würde ich denn etwas Besseres, als alles bisher Angebrachte! Im Keller liegt mir wohlverpunkt ein Fuß vierunddreißiger Rotwein, joggennanntes Schweizerblut, das ich vor mehr als zwölf Jahren selbst in Basel gekauft habe. Bei eurer Mösigkeit und Bescheidenheit wage ich noch nie, den Wein anzustechen, und doch liegt er mir im Zins um die zweihundert Franken, die er gefosset hat; denn es sind gerade hundert Mark. Ich gebe euch den Wein zum Aufkostpreis, das Fässchen werde ich so billig als möglich anschlagen, so hoch, wenn ich nur Platz gewinne für vertäuslichte Wate, und ich will nicht mehr von ihnen kommen, wenn wir nicht Ehre einlesen mit der Gabe!“

Diese Rede, während welcher die drei früheren Antragsteller bereits gemurkt hatten, war nicht sobald beendet, als Grismann den anderen Wirt, das Wort ergriff und sagte: „Wenn es so

so will ich auch nicht dahinterbleiben und erkläre, daß ich das Beste zu haben glaube für unsere Absicht, und das wäre meine junge Milchkuh von reiner Oberländer-Rasse, die mir gerade seit ist, wenn ich einen anständigen Käufer finde. Bindet dem Prächtigste eine Glöde um den Hals, einen Melstuhl zwischen die Hörner, putzt es mit Blumen auf —“

„Und stellt es unter eine Glasglöte in den Gabentempel!“ unterbrach ihn der gereizte Pfister, und damit platzte eines jener Gewittert los, welche die Sitzungen der sieben Freuden zuweilen stürmisch machen, aber nur um desto hellere Sonnenchein zu rufen. Alle sprachen zugleich, verteidiigten ihre Vorschläge, griffen diejenigen der andern an und warten sich eigenmäßige Gestimmen vor. Denn sie legten sich stets runderaus, was sie dachten, und bewältigten die Dinge mit offener Wahrheit und nicht durch hinterhältiges Verwischen, wie es eine Art unechter Bildung tut.

Als nun ein Heidenlärm entstanden war, Klingelte Hediger kräftig mit dem Glase und redete mit erhobener Stimme: „Ihr Männer! Erholt euch nicht, sondern lasst uns ruhig zum Freie gelangen! Es sind also vorgeschlagen, ein Pot, ein Pfleg, ein aufgerüstetes Himmelbett, ein Glas Wein und eine Kug! Es sei mit vergnügt, eure Anträge näher zu betrachten. Deinen alten Ladenküter, den Pot, lieber Fried, wenn ich wohl er steht schon seit vielen Jahren hinter deinem Schaukasten, ich glaube sogar, er ist einst dein Meisterstück gewesen. Dennoch erlaubt seine veraltete Form nicht, daß wir ihn wählen und für ein neues Stück ausgeben. Dein Pfleg, Chlieri Sofrig, scheint doch nicht ganz zweckmäßig erfunden zu sein, sonst hätte du ihn seit drei Jahren gewiß verkauft; wir müssen aber darauf denken, daß der Gewinner unserer Gabe auch eine unverstellte Freude an derselben haben kann. Dein Himmelbett dagegen, Heinrich, ist ein neuer und gewiß ergötzlicher Einstall, und sicher würde er zu den vollständigsten Redensarten Veranlassung geben. Mein zu seiner hädlichen Ausführung wäre eine Ausrüstung in seinem und hinreichendem Bettzeug erforderlich und das überbrückte die festgesetzte Summe.

Es wird nicht verkauft; wir müssen aber darauf denken, daß der Gewinner unserer Gabe auch eine unverstellte Freude an derselben haben kann. Dein Himmelbett dagegen, Heinrich, ist ein neuer und gewiß ergötzlicher Einstall, und sicher würde er zu den vollständigsten Redensarten Veranlassung geben. Mein zu seiner hädlichen Ausführung wäre eine Ausrüstung in seinem und hinreichendem Bettzeug erforderlich und das überbrückte die festgesetzte Summe. Ich gebe euch den Wein zum Aufkostpreis, das Fässchen werde ich so billig als möglich anschlagen, so hoch, wenn ich nur Platz gewinne für vertäuslichte Wate, und ich will nicht mehr von ihnen kommen, wenn wir nicht Ehre einlesen mit der Gabe!“

Diese Reden, während welcher die drei früheren Antragsteller bereits gemurkt hatten, war nicht sobald beendet, als Grismann den anderen Wirt, das Wort ergriff und sagte: „Wenn es so

den Unwillen und die Feindseligkeit der guten Frau vor und die Verlegenheit des guten Schülers, nachdem der Spektakel sich zweimal oder dreimal wiederholt! Ja, lieben Freunde, nehmt es mir nicht übel! aber gesagt muß es sein: Alle unsere Vorschläge haben den gemeinen Fehler, daß sie die Ehrengasse des Vaterlandes unbedacht und vorschnell zum Gegenstande des Gewinnes und der Berechnung gemacht haben. Mag dies tausendfältig scheinen von groß und klein, wir in unserem Kreise haben es bis jetzt nicht getan und wollen es ferner so halten! Also trage jeder gleichmäßig die Kosten der Gabe ohne allen Nebenzweck, damit es eine wirkliche Ehrengabe sei!“

Die fünf Gewinnlustigen, welche beschümt die Köpfe hatten hängen lassen, riefen jetzt einmütig: „Gut gebrüchen!“ und sie forderten ihn auf, selbst einen Vorschlag zu tun. Aber Grismann ergriff das Wort und sagte: „Zu einer Ehrengabe scheint sich mir ein silberner Becher immer noch am besten zu eignen. Er behält seinen gleichen Wert, wird nicht verbraucht und bietet ein schönes Erinnerungsstück an frohe Tage und an wehrbare Männer des Hauses. Ein Haus, in welchem ein Becher aufbewahrt wird, kann nie ganz versunken, und wer vermag zu sagen, ob nicht um eines solchen Denkmals noch manches mit erhalten bleibt? Und wird nicht der Kunst Gelegenheit gegeben, durch stets neue und schöne Formen Mannigfaltigkeit in die Menge der Gefäße zu bringen und sich so in die Erfindung zu über und einen Strahl der Schönheit in das entlegene Tal zu tragen, so daß sich nach und nach ein mächtiger Schatz edler Ehrengeschenke im Vaterlande anhäuft, edel an Gefüll und im Metall! Und wie auftreffend, daß dieser Schatz, über das ganze Land verbreitet, nicht zum gemeinen Missbrauch des täglichen Lebens verwendet werden kann, sondern in seinem reinen Glanze, in seinen gesäuberten Formen fort und fort das Höhere vor Augen stellt, den Geistlichen des Gottes und die Sonne der ideal verlebten Tage festzuhalten scheint! Fort daher mit dem Jahrmarktstreit, der in unsren Gabentempeln anhäuft beginnt, ein Raub der Motten und des gemeinen Trübselgefühls! Und festgehalten am alten ehrenbaren Trinkgefäß!“ „Ahrhaftig, wenn ich in der Zeit lebte, wo die schweizerischen Fässer einst ihrem Ende nahmen, so würde ich mir sein erhabendes Schlaffest auszudenken, als die Gefäße aller Körperschaften, Vereine und Einzelbürgers, von aller Gestalt und Art, zu Tausenden und Tausendtausenden zusammenzutragen in all ihrem Glanz der verschwundenen Tage, mit all ihrer Grimarung, und den letzten Trunk zu tun dem sich weigenden Vaterland!“

(Fortsetzung folgt.)

der Sammlung ein weit größeres sein würde. Der betreffende V.A.P.D.-Genosse stimmte meinem Vorschlage zu und bemerkte auf eine vor mir gestellte Frage noch, daß die dadurch entstehende keine Herzögerung nichts auf sich habe. Die Sammellisten blieben dann bei mir im Bureau liegen. Nach Verlauf von einigen Tagen erschien der V.A.P.D.-Genosse bei mir und forderte die Liste mit dem Bemerk zu rücksicht, daß die Partei der V.A.P.D. beschlossen habe, die Listen nicht mehr offiziell zirkulieren zu lassen.

Auf Grund dieses der nächsten Wahrheit entsprechenden Tatbestandes ist nun der betreffende Urteil gegen mich losgelassen worden. Gänzlich unverständlich ist mir, wie man den Vorwurf der Sabotierung von Sammlungen für die „Rote Hilfe“ in öffentlicher Form gegen mich erheben konnte, da dieses Hilfsinstitut doch mit seinem Wort erwähnt worden ist, überhaupt zur Anstellung eines Klageschiedes doch absolut kein Grund vorlag, da ich die Angelegenheit im vollen Einvernehmen mit dem betreffenden Genossen der V.A.P.D. behandelt habe. Dieser würde an meiner Statt ebenso wie ich gehandelt haben, da er bisher mit Worten immer den Grundsatz vertreten hat, daß nicht der einzelne, ganz gleich ob Betriebsrat oder nicht, Befürmungen zu treffen habe, sondern dieses Recht lediglich der Gesamtbelegschaft zustehe. Gänzlich unverständlich ist mir schon, wie man von Seiten der V.A.P.D. die mit zur Last gelegte angebliche Verfehlung dazu benutzen kann, um gegen die gesamte SPD-Partei zu hecken und diese herabzuzeichnen. Dieses Vorgerchen zeigt wieder einmal so recht die Tendenzen des ganzen kommunistischen Rummels. Durch solche Machinationen wird der für die Arbeiterkreise so dringend notwendige Friede unter einander nicht hergestellt. Im Gegenteil, es wird der Reaktion in die Hände gearbeitet und somit indirekt Verlust am Gesamtproletariat geübt. Dass man meine Person in der Angelegenheit jetzt öffentlich angreift, nimmt mich nach den bisherigen Erfahrungen nicht mehr wunder. Hat man mich von Seiten der Genossen der B.R.P.D. doch schon als Denunziant in der Straße, die hier zugrunde liegt, bezeichnet. Diese Behauptung ist gerade so aus der Luft gerissen wie die jetzt in der Presse veröffentlichte Notiz. Alles soll nur zur Herabsetzung der Person selbst dienen. Tatsache ist, daß ich von der Straßenseite der drei V.A.P.D.-Genossen erst Kenntnis erhalten habe, als bereits Termin zur Hauptverhandlung abberufen worden war. Meiner Meinung nach fallen alle diese Anklagungen auf die Urtreiber und Verbreiter derselben zurück. Sie werden, wie bisher, so auch in Zukunft in keiner Weise Einfluss auf mein Tun ausüben. Ich kann die ganze Handlungswise nur als eigt „Kommuunistisch“ bezeichnen. Eines steht für mich fest: Es braucht von Seiten der B.R.P.D. nicht der Versuch unternommen zu werden, den V.A.P.D.-Genossen in der Theorie die Bedeutung des Ausdrucks „sozialdemokratische Solidarität“ zu lehren. Es kommt besonders auf die Anwendung in der Praxis an und da muß überaus klarerweise die Tatsache festgestellt werden, daß die V.A.P.D.-Genossen die Theorie der B.R.P.D. richtig eracht haben, während dieselbe bei den links stehenden Genossen durchweg ein lächerliches Fiasko erleidet, sobald dabei für den Gedanken eine Erfüllung in Aussicht steht. — Das scheint aber dem Wollen des „Führer“ der V.A.P.D. zu entsprechen, da sie gegen die grundfalsche Auslegung ihrer Theorie nicht ganz energisch Front machen! Hoffentlich trifft bei den V.A.P.D.-Genossen recht bald eine Wendung dahingehend ein, daß sie unsere heut verlassene Mutter Erde wieder bereiten und Hand in Hand mit der großen Masse des Proletariats zum Sozia des selben wirklich praktische Arbeit verrichten. Ich würde über den neuen mit gerüschten Armeis dann nicht mehr Trauer, sondern reine Freude empfinden.

Max Delfs.

Unbekanntes Gewerbegeurtsurteil. Am Donnerstag, dem 20. Juni, tagte im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der vereinigten Gruppen 11 und 12 der Betriebsrätezentrale Höhens Metallindustrie, Hättentreiberei und Werften, die Stellung zu dem fürlich vom hiesigen Gewerbegeurts gefällten Urteil in der Angelegenheit des Betriebsobmannes Alsen vom Unternehmen Lübeck, welcher früher entlassen wurde, weil er einen Aufruf zur Beteiligung am Sportfest am 20. Mai d. J. mit der Aufforderung verfaßt, daß die Arbeiter und Angestellten aus den bürgerlichen Sportvereinen austreten sollten. Ferner zu dem

Urteil des Gewerbegeurts in Sachen des Schiffszimmerers Willi Bentien und des Dreher Fritz Hartklaas gegen Brückenbau Glinder A.G. in Stiens bei Lübeck, denen von der Betriebsleitung der Glinderwerft einfach der Lohn einbehält wurde, weil der Leitung des Werks die Freistellung dieser beiden von der Arbeit zur Erfüllung ihrer Pflichten als Betriebsrat nicht paßte. Das Gewerbegeurts hat in beiden Fällen die Maßnahmen der Werksleitung gutgeheissen. Die Versammlung war einmütig der Auffassung, daß beide Urteile unhalbar sind und verlangte von den zuständigen Instanzen, daß unbedingt versucht werden muß, durch eine höhere Instanz eine andere Entscheidung herbeizuführen. Die Versammlung gab ihrer Empörung darüber Ausdruck, daß ein Gericht in Arbeiterrechtssachen entscheidet, das durch diese beiden Urteile bewiesen hat, daß ihm die elementarsten Kenntnisse über die sich aus dem Betriebsrechtseck eingelebte Praxis und Rechtsprechung abgibt. Die Versammlung protestiert auf das schärfste gegen diese Urteile und beansprucht das Sekretariat der Gewerkschaften, in der Presse zu diesen Urteilen noch besonders Stellung zu nehmen.

Die Betriebsrätezentrale. K. A. A. Dreyer.

Die Betriebsrätezentrale befinden sich seit heute vormittag in Streik. Die Pemahrung strengster Solidarität wird allen Arbeitern zur Pflicht gemacht.

Rudolph Markland, A.G., in Hamburg. Die Generalversammlung, die die Direktion auf 10 Prozent fest und wählte den Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit wieder. Auf eine Enfrage, ob die Verwaltung nähere Angaben über den erzielten Umsatz machen könne, wurde erwidert, daß dies aus Geschäftsgründen nicht anangängig sei, jedenfalls müsse die von verschiedenen Seiten genannte Umsatzziffer von 500 Mill. Mark als nicht au treffend bezeichnet werden. Die Verwaltung bemerkte ferner, daß sie sich der von mehreren Seiten beanspruchten Höhe der Waren schulden durchaus nicht anschließen könne, sie halte diese eher für zu niedrig als zu hoch, ebenso unterhält die Gesellschaft mit den bestrendeten Banken die besten Beziehungen. Die Frage nach den Aussichten wurde dahin beantwortet, daß bei der ungewissen wirtschaftlichen Lage und insbesondere der unbestimmt Steuerabrechnung sich nichts Bestimmtes sagen lasse. Die Verwaltung erlaubt aber nach dem Geschäftserlauf der ersten fünf Monate des laufenden Jahres sagen zu können, daß sich die Entwicklung günstig gestalten werde. Die Gesellschaft habe bis jetzt mit allen ihren Unternehmungen nur gute Erfahrungen gemacht; die Fabrikationsbetriebe befinden sich alle in günstiger Entwicklung.

Die Niedermaus bleibt im Monat Juli geschlossen. Am 1. August wird sie mit einem exzellenten Programm wieder eröffnet.

pb. Weacn umfangreicher Hafenbiebstäle wurden sechs hier mohnhafte Hafenarbeiter festgenommen. Sie waren auf einen nord Dänemark fahrenden Damsoer vorwiegend im Lagerraum beschäftigt gewesen, um dort die Ladung zu verstauen. Wahrscheinlich mit Wissen des Verarbeiters haben die Festgenommenen im Lagerraum Ratten erbrochen und beschädigt. Für über 10.000 Mark Herren- und Damenkoffer, Manufakturwaren aller Art sowie Aluminiumtaschen konnten als von den Festgenommenen gestohlen, beobachtet werden. Ein Teil des Diebesgut wurde in eine Hafenwirtschaft gelöscht. Die Wirtin, die mit den Dieben gemeinsame Sache gemacht zu haben schien, wurde wegen Hehlerei ebenfalls festgenommen.

pb. Warnung vor einem Schwindler. Gestern nachmittag ist bei einem in Oldesloe wohnhaften Waffenhändler ein Schwindler aufgetreten, der gegen Herausgabe eines Stocks des Creditorvereins in Witten eine Dreieck-Biliale mit 20 Patronen tauschte und ein Raadewebe für eine in der Nähe von Oldesloe wohnhafte Güterherrlichkeit bestellte. Der Schwindler erreichte, daß ihm noch 1500 Mark auf den Stock bar herausgegeben wurde. Der Sohn soll ein junger Mensch mit grauem Sommeranzug, mit aufgerauten Seiten und umgeschlagenen Hosentaschen, der braunes Haar und geschnitten durstigen Schnurrbart trägt. Er soll später mit einem Schopf, der Chaukurbildung trug, per Rad in der Richtung nach Lübeck fortgefahren sein. Vor dem gemeinschaftlichen Schwindler wird gewarnt.

pb. Fahrradbiebstäle. In den letzten Tagen sind hier folgende auf der Straße und in Hausfluren hingestellt gewesen:

Fahrräder gestohlen worden: Marke Brennabor, ein gut erhaltenes Fahrrad, Marke Deutschland, ohne Sattel; ferner zwei weitere Fahrräder ohne Murke und besondere Erkennungszeichen.

Badesankt Halkendamm. Wasserwärme am 1. Juli morgens 6 Uhr 16°; mittags 12 Uhr 16° Celsius.

Kriegszeitende Gebiete.

Gutta. Wie ist die Zeitung doch so interessant. Zur Erheiterung oder zum Nachdenken geben wir folgende Notiz des Unz für das Fürstentum Lübeck wieder:

Olsenburg, 28. Juni. Neue Verlobung im Fürstenhaus. Nach seinen beiden jüngeren Schwestern — Herzogin Ingeborg ist ja bereits verheiratet — hat sich nun auch Erbgroßherzog Nikolaus verlobt, und zwar mit Prinzessin Helene von Waldeck und Pyrmont, der jüngeren Schwester des Verlobten von Herzogin Albrecht, des Prinzen Olaf, der sich hier bereits weitgehender Sympathie erfreut. Der Bräutigam, den man hier noch vielfach mit seinem Kindernamen „Nill“ nennt, steht im 24. Lebensjahr; die Braut, die die Hochzeit in Rastede mitfeierte, wo sie als Brautjägerin ihres jetzigen Verlobten Dame war und auf den Bildern an seiner Seite erscheint, ist 21 Jahre alt. Der Erbgroßherzog, der den Krieg mitmachte, studiert Landwirtschaft in Göttingen, um sich für die Uebernahme der Güter in Holstein vorzubereiten. Er lebte sonst immer in Oldenburg und erfreut sich hier allgemeiner Beliebtheit. Groß und schlank, in allen körperlichen Übungen gewandt, von leichter Flüssigkeit und von praktischem Sinn, ist er ein stattliches Gegenstück zu der feinen Prinzessin.

„Nill“ ist also ein Allerweltskerl, wie es bei Menschen nicht anders sein kann, denen angebliches Fürstenblut in den Adern quillt. Wenn der junge Herr erst die Volkswirtschaft erlernt hat und diese in Verbindung mit körperlicher Uebung bringt, wenn die Hände erst von der Landarbeit schwielig besetzt sind, wie diesenigen des Amerikaner Holzfällers. — dann wird diese Idealfigur erst reich zur Auswirkung kommen. Der frühere Oldenburger Großherzog hat zwar auf seine staatlichen Würden selbst verzichtet, und die Exter sind in den Staatsgerollt, aber das schert einen bürgerlichen Schmuck nicht, trotzdem vor dem „Gottseligen“ auf dem Bonhe zu ruhen. Für den Gültigen Anleger trifft das alte Sprichwort zu: „Die Zeitung illat mit Vorbedacht, der Kopf wird wird vom Krieger gemacht.“ Im obigen Fall ist aber der Krieger ein einfältiger Pfuscher.

Hamburg. Die Hamburger Arbeiterschaft gegen die bayerische Reaktion. In drei überfüllten Versammlungen bei Sanebiel, im Gewerkschaftshaus und im „Viktoriaorten“ befand der Donnerstag abends die Hamburger Arbeiterschaft ihre Solidarität mit den bayerischen Genossen, die zurzeit im schärfsten Kampf gegen die katholische Reaktion regieren. Unsere Genossen Gründer-München, Vogel-Münberg und Simon-Augsburg gehielten inflammenden Worten und unter stürmischer Zustimmung der Versammelten die volksfeindlichen Taten der bayerischen Reaktion regierungen. Entsprechende Entschließungen, die sich zugleich gegen das reaktionäre Treiben der Hamburger Reichs- und Freiheitsfeinde richteten, wurden einstimmig angenommen.

Kiel. Die Millionen der Provinzialfettstelle. Der schleswig-holsteinische landwirtschaftliche Landesverband hält am Mittwoch in Kiel eine stark besuchte Abgeordnetenversammlung ab. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß dem Verband insgesamt 49 Meiereiverbände, Vereine, Interessengemeinschaften usw. angeschlossen sind. Zur Erledigung der Arbeiten wurden folgende Ausschüsse eingesetzt: Ausschuß für Milcherzeugung, für Milchverarbeitung, für Butterei, für Käse, für Molkefabriken, für Meiereiinstruktoren, für Meiereifachleute und für Ausstellungs- und Maschinenwesen. Die eigenlichen Arbeiten des Verbandes wurden durch die bis vor kurzem noch bestehende Zwangswirtschaft gekämpft, und die Heimtückigkeit bestand daher darin, daß öffentlichen Bewirtschaftung entgegen zu arbeiten. Hand in Hand hiermit ging eine Forderung auf

Die violette Diele.*

Von Christian Bouchholz.

Offiziell ist der Kurfürstendamm um Mitternacht frei. Das tolle Nachtleben von vor dem Kriege (da sah es aus, die öffneten um vier Uhr, andere erst morgens um sechs Uhr) ist gehorben.

Zu Wohlheit aber... kennt keinen die Totale.

Es ist eine dritte Nacht. Rohergerade. Über dem höchsten gewölbten Tempel der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche hängt im blauen Himmel ein Sternbild wie eine Diamantografie. Leiser Feuerwerkspunkt. Man willst überzeugen, funkelnd im Dunkeln. Summelt ist hübsch, zumal wenn es verboten ist. Den Duft leuchtender Nachblumen möchte man führen. Man hat gehört: In der Schloßgrotte ist jetzt ein voller Betrieb.

Man läßtendert dazin, Zigarette im Mundstück. Und findet eine kleine Menschenansammlung vor der Bar, deren Tapeten, Logenorthänge und Lampen so bunt sind wie holländische, gelbrot-gelbenfeste Papageitulpen. Aber man kommt nicht hinein.

„Was ist los?“ fragt man den erschöpften Gentleman, der mit weichen Lederschuhen sich ungebührlich die Hände hält.

„Geöffnet.“

„Ausgehoben?“

„Stein, nur die Luft.“

Kein Mensch wandert hier. Seule ist eine Bar offen, morgen geschlossen. Es kommt mit dem Blut oder die Sauberkeit des Betreibers an; er riskiert eine dicke Geldstrafe und legt sein ganzen Inventar, Wein-, Sof- und Schnapsflaschen.

Man fragt irgendwo Wahrheit, das kommt zwischen den Nachbarmännern herumkünnst: „Was ist denn jetzt draußen?“

„Keine Ahnung...“

Da tritt ein junger Jungling auf einen gr. töpfchen, eng in Tasche gearbeitetes Mantelchen um, knallrote Seidenstrumpfen, weiße Glaces und total zerstörte Strümpfchen, deren Knopftaschen, so daß man bei großem Licht durchlöcherte Strümpfe hindurch die nackten Zehen sehen kann.

„Seien Sie in die „Violette Diele“, mein Herr, dort ist es einfach ruh.“

„Die kann ich gar nicht.“

„Ich leit gestern gekommen.“

(Das ist eine neue Nachlebenarrangement des Nachtkinos während des Krieges: Die „Diele“. Diese eröffnet, morgen ausgebunden. Übermorgen in einer anderen Straße neu eröffnet. Ambulante Nachtkinos, die nicht mit Seidenstrümpfen regnen.)

„Sind Sie Dienstagent?“ fragt ich den jungen Jungling. „Ich bezahle zehn Prozent von der Seite her, die ich herumschieße.“

„Was zw ist Ihre Diele?“

„Sie zieht Nr. 2.“

) Der Verlag von Axel Springer erscheint in diesen Tagen ein Spezial „Kurzbericht“ der öffentlichen Meinung. Ein Bericht vom bürgerlichen Aufschluß zum heutigen Berlin. Ein kurzer Bericht.

Also zur „Violette Diele“.

Stadtjustiz Strafen.

Hier irgendwo müßte es sein... Aber wo? Keine Laternen, keine leuchtende Tür. Die Hausnummer kann man vor Finsternis nicht ablesen. Und die Diele läßt sich nach außen hin zu verzieren. Sie ist noch außen hin hermetisch geschlossen. Hat eine Tagesstür, an der kein Mensch tüpfeln darf, und hat eine geheime Nachttür. Nur... wo?

Da steht ein Gentleman in Kreis und Zylinder, rauchend an einer Zigarette, von ungefähr. Winkt mit den Fingern auf der Kinnseite. Das wird „Er“ sein. Portier mit Zylinder. (Unterwasse steht vielleicht ein Feldgrauer.)

Man fragt ihn: „Violette Diele?“

„R.“

„Wollen Sie mich nicht hereinlassen?“

„Hinter der nächsten Straßenende stehen zwei Blaue. Ein wenig warten... Verdrücken Sie sich noch ein bißchen.“

*

Nach einer Biertischstunde Wartens windst mit der Portier.

„Kennen Sie jetzt Einsin?“ frage ich.

„Nein.“

„Meinen wissen Sie dann?“

„Um Jönnes zu jagen, besser ist's, Sie gehen.“

„R.“

„Es sind zuviel Leute darin.“

„R einer...“

„Es geht nicht.“

Da versteht ich endlich. Drücke ihm fünf Mark in die Hand.

Und... es geht.

Er läuft an eine Tür, die ich nie als Zugang zur „Violette Diele“ entstehen hätte. Vier Türen weiter als die Tagesstür ist die Nachttür der Diele. Er läuft trabend. Vorlesezeichen: „Poco tardano.“ Dann öffnet sich die Tür. Schließt sich sofort. Ich bin hereingeklüft.

Wer macht hin ich hereingeklüft?

Ein Soldat schleicht mit unten mit einer elektrischen Taschenlampe. Hier ist kein Verherrlich. Hier ist ein Klempner mit mit Blechhaken, so daß es mit (Nachtfüße) und Gießkanne.

„R... mit einem Knüppel wird mir ins Gesicht geschlagen!“

Das ist altherren. Das ist Mord. Ich ziehe meinen Handschuh heraus und mache, als hätte ich einen Revolver in der Hand.

„Ziehen Sie auf.“ sagt der Kämpfer.

„Wer läßt mich...?“

„Sie läßt auf die Aalen eines Reiters getreten.“

„Admiral Strateg“ sagt er.

Da erkante ich in eine Rübe. Weiß Gott, wie sieht es da nach Bettwäsche, Hexenwäsche und Zwischenwäsche. Dann einen langen Bettwäsche Kürbisbuch. Über einen Hof. Dann durch eine verschwundene Kürbisöffnung in eine Rübe, in der es aber noch Rübe und Rübe darstet. Da der es dampft. Und dann durch einen Rübenkorb in die Gartenecke. Und da endlich ist die Diele.

„Rüber fress Schäfer Schäfer...“ Zeigt Geigenmusik.

„Violette, fortsetz. Und im blauen Dunkle tanzen Par-

„Sie Reiters legen Schäferköpfe.“ —

Die Marche vom Genughaben.

Es sprach einst ein Mann zu mir und er sagte: „Mein Einkommen ist nicht genug!“

Und ich antwortete: „Dann bist du ein glücklicher Mann!“

Und er sagte: „Warum sagst du dies?“

Und ich antwortete: „Weil du die Wahl hast, entweder mehr zu verdienen oder weniger auszugeben! Und wenn es für einen Mann zwei Wege gibt, um eine Frage zu lösen, dann

Erhöhung der Milchpreise, und der Geschäftsbericht stellt fest, daß der am 1. November 1920 bewilligte Milch- und Butterpreis von ganz wenigen Gebieten des Reiches erreicht bzw. übertroffen worden ist. Von einer ganzen Anzahl von Metzereien ist eine Mehranlieferung der Milch nach erfolgter Preiserhöhung zu verzeichnen gewesen. — Bei der Befragung des Geschäftsberichts kam es zu teilweise recht leichten Protesten gegen die von der Provinzialfettstelle, der Landwirtschaftskammer und dem Vorstande vorgenommenen Gründung einer G.m.b.H., um die von der Fettstelle im Laufe der Kriegsjahre gesammelten Millionen für die Milchwirtschaft zu verwerten. Man war der Ansicht, da dies Geld nur dem Landesverband aufstecken müsse, da es den milchwirtschaftlichen Interessenten entzogen werden sei. Nach stundenlangem Ausprache kam man zu dem Schluß, einen Ausschuß zu beauftragen, zusammen mit dem vom Bauernverein eingesetzten Ausschuß die Frage prüfen zu lassen, wie die Wiederauslösung der G.m.b.H. erreicht werden könnte.

Flensburg. Eine feine Sitzma. In unserem Grenzstadt sind in letzter Zeit viele neue Firmen gegründet worden. Viel steht oft nicht dahinter. So sollte zum Beispiel natürlich der Betriebsvorsitzende bei einer solchen Neugründung pfänden. Diese habe ich die falsche Bezeichnung irgend einer Handels-Zentrale" beilegt und sich die nötigen Geschäftsbogen drucken lassen mit "Giro-Konto", "Postcheckkonto" usw. Als der Gerichtsvollzieher am Vormittag erschien, lagen die beiden Inhaber des Geschäfts noch im Bett; sie waren noch nicht ganz nüchtern nach dem in der Nacht vorher genossenen Alkohol, und zwar lagen beide in einem Bett, denn das Geschäft hatte noch nicht so viel abgeworfen, daß es zu einem zweiten Bett gereicht hätte. Das Bett war überhaupt hz. ziemlich das einzige Inventar der "Handelszentrale", so daß die Pfändung natürlich fruchtlos verließ.

Hadersleben. Ein schweres Bootsunfall ereignete sich Montagabend kurz vor 11 Uhr auf der Haderslebener Höhe. Beim Kreuzen kenterte ein Segelboot mit sechs Insassen in einer Böe und ging unter. Nur zwei Personen konnten gerettet werden: der Bollassistent Thomsen und seine Braut. Die übrigen vier Personen, ein Fräulein Schnoor aus Odense, der Bollassistent Paulsen aus Hadersleben, der Bahnarbeiter Petersen und eine Tochter des Oberlehrers Hansen in Hadersleben, ertranken.

Gewerkschaften.

Die Tarifverhandlungen im Buchdruckergewerbe. Die am Freitag voriger Woche begonnenen Verhandlungen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker fanden am Dienstag ihren Abschluß. Der von den Arbeitnehmern (Buchdruckern und Hilfsarbeitern) gestellte Antrag auf Erhöhung der Leurungsanzahlage fand bei den Arbeitgebern im Buchdruckergewerbe nicht das geringste Entgegenkommen. Um jedoch nicht resultlos auszukommen, wurde auf Antrag der Unternehmer das Reichsarbeitsministerium zur Vermittlung angerufen, das sich sofort dazu bereit erklärte. Montag tagte dann ein unparteiisches Schiedsgericht, das am späten Nachmittag einen Schiedsspruch verkündete. — Der Schiedsspruch stellte zunächst fest, daß sich die wirtschaftliche Lage des Buchdruckers sowie des Gewerbes in den letzten Monaten nicht wesentlich geändert habe und daher die Wirtschaftshilfe in den durch Abkommen vom 12. Februar vereinbarten monatlichen Beträgen bis zum 30. September 1921 weiter zu zählen ist. Außerdem sollen für die Monate August und September folgende Beträge monatlich zur Auszahlung gelangen: In Orten bis einschließlich 7½ Prozent Lohnzuschlag für Lohnklasse C Verheiratete 30 M., Ledige 15 M., für Lohnklasse B Verheiratete 22,50 M.; in Orten mit mehr als 7½ bis einschließlich 17½ Prozent Lohnzuschlag für Lohnklasse C Verheiratete 36 M., Ledige 18 M., für Lohnklasse B Verheiratete 27 M., in den übrigen Orten (hauptsächlich Berlin) für Lohnklasse C Verheiratete 45 M., Ledige 22,50 M., für Lohnklasse B Verheiratete 33,75 M. Den Hilfsarbeitern ist ein anteilmäßiger Betrag nach den im Reichstarif festgesetzten Prozentföhren zu zahlen. Die Lohnklasse A würde auch bei den neuen Zulagen vollständig ausscheiden und von Lohnklasse B alle Ledigen. Die mit dem 30. Juni 1921 ablaufende Unterstützung für Kurzarbeiter wird durch den Schiedsspruch leider aufgehoben, obgleich von den Gehilfenvertretern energisch für ihre Beibehaltung gestritten wurde.

Bis zum 10. Juli sollten die Parteien erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen oder ablehnen. Die Vertreter der Arbeitgeber im Tarifausschuß haben dem Schiedsspruch nicht zugestimmt, sondern die Entscheidung den einzelnen Tariffreihen überlassen. Von Seiten der Arbeitervertreter ist eine Erklärung noch nicht abgegeben worden.

Der Galgen für die Betriebsräte! Dass die Arbeitgeber dem ganzen Betriebsrätegesetz und vor allem den gewünschten Betriebsratsmitgliedern nicht wohlwollend gegenüberstehen, haben wohl auch die Gesetzgeber, die das Betriebsrätegesetz beschlossen haben, schon geahnt. Sonst hätten sie nicht im fünften Abschnitt des Betriebsrätegesetzes Schutz- und Strafbestimmungen erlassen. Doch haben sie jedenfalls nicht daran gedacht, daß selbst diese Schutz- und Strafbestimmungen durch die ordentlichen Gerichte wirkungslos gemacht werden können. Wie man denn überhaupt davon sprechen kann, daß die große Mehrzahl der Angehörigen des heutigen Richterstandes sich nicht in den neuen Zeit zurechtfinden kann, gleichzeitig denn in der neuen Gesetzgebung. Hierzu ein ganz krasses Beispiel: In dem Tiefbetrieb der „Hansa“ in Edewecht, die dauernd mit ihrer Arbeiterschaft Konflikte hat, wurde der Betriebsratsvorsitzende entlassen und, höre und staune, nach Antrag der Richter der Zweiten Zivilkammer des Landgerichts Oldenburg mit Recht, weil er, wie das Gericht in seiner eigenen Begründung sagt, als Leiter der Versammlung, welche über einen Streit abstimmen sollte, gesagt hat: „Man sollte sich wohl überlegen, was man tue, bei einem Streit hätten sie auch die Folgen zu tragen, für ihn sei die Sache nicht so wichtig, er löse einfach seine Familie auf und geh auf Wanderschaft.“ In einer zweiten Versammlung hat R. wiederum nach dem schriftlichen Urteil des Gerichts gesagt, sie sollten sich wohl überlegen, was sie taten, wenn sie streiten, hätten sie auch die Folgen zu tragen. Es handelt sich um einen wilden Streit, sie könnten auf keine Unterstützung vom Verbande rechnen. Zum Schluss sagte das Urteil: „Schon in dem Maße, in dem sich unter diesen Umständen ein wichtiger Grund zur sofortigen Entlassung.“

Das Deutsche überseht heißt doch dieses Urteil nichts anderes als: Die Betriebsratsmitglieder, besonders der Obmann, dürfen sich nicht am Streit beteiligen, im andern Falle werden sie mit Recht entlassen. Sie müssen also die schamlose Rolle der Streikbrecher übernehmen und sich der Verantwortung der gesamten organisierten Arbeiterschaft aussetzen, oder, sie streiken mit und sind dann von vornherein der Arbeitslosigkeit und dem Hunger preisgegeben. Auf Grund des § 98 des Betriebsrätegesetzes bedarf der Arbeitgeber der Zustimmung der Betriebsvertretung, dass eines seiner Mitglieder gefeuert werden soll. Diese Zustimmung wurde von der Betriebsvertretung einstimmig verwirkt. Auf Grund des § 97 hat im vorliegenden Falle der Arbeitgeber die Entscheidung des Schlichtungsausschusses angerufen und beantragt, während der Verhandlung von diesem auf Grund des § 86 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes das Verfahren zwecks Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung auszusetzen. Diese gerichtliche Entscheidung hat nun die Zweite Zivilkammer des Landgerichts Oldenburg getroffen, indem sie die Entlassung des fraglichen Betriebsratsmitgliedes aus den schon geführten Gründen als berechtigt anerkannt hat. Das bedeutet nichts anderes als eine Umkehrung des Schlichtungsausschusses und die Arbeitgeber werden, falls dieser Urteil nicht aufgehoben wird, diesen Weg immer beschreiten.

um ihnen unschame Mitglieder des Betriebsrates loszuwerden. Die Entscheidung des Oldenburger Gerichts hat hier den Arbeitgebern einen Weg gezeigt, für den ihnen die Reaktionäre aller Schattierungen Danach wissen werden. Mit dem Urteil ist aber auch gleichzeitig der Galgen gebaut, an denen sämtliche Betriebsratsmitglieder gehängt werden und das Betriebsrätegesetz vollständig zunächst gemacht wird. Wenn sich derartige Urteile mehrern, werden viele Arbeitnehmer es ablehnen, sich in den Betriebsrat wählen zu lassen, und schwere Kämpfe werden deshalb noch bevorstehen. Damit wäre der Sinn des Betriebsrätegesetzes vollständig zunächst gemacht und der Wunsch aller reaktionären Arbeitgeber sei in Erfüllung gegangen.

Überstunden im Eisenbahnbetrieb. Kürzlich wurde im Reichstage um Klärung über das Überstundenwesen bei der Eisenbahnerverwaltung Berlin ersucht. Die Verwaltung stützt sich auf die Ministerialverfügung vom 24. März 1919, wonach geleistete Überstunden nicht abgeföhrt zu werden brauchen. Es handelt sich jedoch darum, daß Überstunden nicht erst gemacht, sondern aufs Äußerste vermieden werden. Das würde zweifellos mehr beanspruchen, wenn die Überstunden abgeföhrt werden. Wie Stichproben des Bezirks-Betriebsrats ergaben, haben im Mai zehn Bahnmeisteren 520 Überstunden geleistet, das sind 110 48-stündige Arbeitswochen. — Im April hat ein Rottenführer der 32. Bahnmeisterie außerhalb seiner Dienstzeit Gleisneubauten bei der Transportgesellschaft Hanse ausgeführt. Der Betriebsrat hat deswegen an die Eisenbahndirektion verschiedene Anfragen gerichtet, die dahin beantwortet wurden, daß dieser Rottenführer, weil er Privatarbeiten ohne Genehmigung der Eisenbahnerverwaltung ausgeführt hat, ernstlichzurechtgewiesen wurde. Der Überstundenwirtschaft muß ganz gehörig gesperrt werden.

Aus aller Welt.

Raubüberfall auf einen Berliner Ringbahnhof. Ein außerordentlich vermehrter Raubüberfall wurde auf dem ziemlich einsam gelegenen Bahnhof Neu-Lichtenberg verübt. Drei Männer drangen in das Bahnhofsgebäude ein, bedrohten den anwesenden Betriebsassistenten mit Revolvern und raubten die Eisenbahngeldtasche, die 117 982 M. enthielt, sowie eine Aktentasche. Noch bevor der überraschte Assistent Hilfe herbeiholen konnte, bestiegen die Räuber ein vor dem Bahnhof haltendes Droschkenauto, in dem sie auch eingetroffen waren, und fuhren davon. Es gelang schließlich im letzten Augenblick die Nummer des Autos festzustellen und die Berliner Kriminalpolizei zu benachrichtigen.

Wegen Doppelmordes zum Tode verurteilt. Das Schmurgericht in Erfurt verurteilte den Deutschen Mathias Hochbaum, der früher russischer Polizeikommissar war und später als Weinhandler in Berlin und in Mühlhausen in Thüringen lebte, wegen Doppelmordes zweimal zum Tode. Hochbaum hatte den Kaufmann Barth in Mühlhausen, bei dem seine Frau als Aufwärterin beschäftigt war, zusammen mit dessen seit mehreren Jahren gesuchten Frau durch Beilhiebe getötet und versucht, die Wohnung auszulöndern.

Verhaftung eines Abteilungsleiters der Reichsgesetzgebung. Unter dem Verdacht, gegen Betriebsgelaber gefälschte Einfuhrgenehmigungen abgegeben zu haben, ist jetzt der Abteilungsleiter der Reichsgesetzgebung West aus Wismarsdorf verhaftet worden. West soll dem Berliner Kaufmann Schumann im März 1920 gegen ein Besteckgeld von 180 000 Mark eine gefälschte Einfuhrgenehmigung für 450 Tonnen Auslandsmehl erteilt haben. Auf Anordnung der Reichsernährungsministers ist nun sofort eine umfassende Prüfung aller in den letzten Jahren erteilten Einfuhr genehmigungen eingeleitet worden.

Absturz eines Flugzeuges der Linie Paris-Straßburg. Das Flugzeug der Linie Paris-Straßburg ist abgestürzt. Die Passagiere und der Pilot sind verwundet worden. Unter den Passagieren befand sich der General Baissoud, der am Kopfe leicht verwundet wurde.

Högestützt ist der Professor an der Staatsgewerbeschule Graz. Schäfflein, beim Edelweißkuchen am Schneeberge. Er war auf der Stelle tot.

Farbenfilme. Einem jungen Hallenser ist es, wie die Saale-Zeitung berichtet, gelungen, den Farbenfilm zu erfinden. Die Technik des Farbenfilms ist verhältnismäßig so einfach, daß in Zukunft namentlich wissenschaftliche und Naturfilme allgemein als Farbenfilme aufgenommen werden dürfen. Die erste Farbenfilmaufnahme wird Anfang der kommenden Woche an der Saale gemacht werden.

Explosion in einem Meter Munitionsdepot. In dem ehemaligen deutschen Munitionsdepot in Vois Bodin, fünf Kilometer von Mez entfernt, hat eine schwere Explosion stattgefunden, durch die auch ein Wald in Flammen geriet.

Theater und Musik.

Sanfttheater. *Mascottchen*, Operette in 3 Akten von G. Okontowski. Musik von W. Bromme. Eine Operette wie alle Operetten sind. Lustiges Getue, anspruchsloser Inhalt, leichte und plätschernde Musik. Läßt dazu noch die Stimmung wirken, die alle Zöggerer nicht von voll bis röhrend, und ihr habt, was ihr wollt.

Die Handlung setzt mit einigen Versprechungen ein, hält aber nichts; verliert sich in eine Anzahl ziemlich wenig zusammenhängender komischer Begebenisse.

Zwei gräßliche Familien — unter diesem Rang tut es eine Operette selten — haben ihre Kinder verlobt. Er Ledermann im geheimen, sie unerfahren und deshalb lebensunfähig. Am nächsten Tage soll die Hochzeit sein. Die Villa ist schon getrimmt und der berühmte Operettenzwilling will es, daß diese Villa bis wenige Tage vorher das Liebesnestchen einer etwas loseren Tänzerin gewesen ist, zu deren nächsten Freunden aus der Bräutigam gehört. Ledermann durch Operettenzwilling treffen sich allerhand Leute in dieser Villa, die die Tänzerin suchen und statt dessen die gräßliche Braut finden. Die bekannten Werwechslungen — der einzige Witz, den unsere modernen Dichter in ihrem irgendwie verdornten Gehirn noch zu finden wissen — machen sich breit und reißen ein genüßliches Publikum zu großen Heiterkeitsausbrüchen. In der Nacht findet dann auf einem Schiff ein Silvesterball — ausfällig ist nämlich auch noch Silvester — statt, und hier treffen sich die Tänzerin, die Braut als der zweite Tänzerin, der Bräutigam, der Jagt noch die Nacht vor seiner Hochzeit durchstellen will, eine Reihe von Scenoffizieren, die die Tänzerin lieben, teilweise die echte, teilweise die falsche. Und schließlich erfreut noch die Mutter der kleinen verlobten Komtesse und der Vater des im geheimen verblümten Bräutigams. Wie es euch gefällt! Dies löst sich zur Zufriedenheit, auch das zürriesigste weibliche Publikum kommt auf seine Kosten. Der ungeliebte Bräutigam bleibt bei seiner geliebten Tänzerin: Bräutigam Komtesse sinkt ihrem Leutnant in die Arme. Was geht alldoch und außerdem nach Hause.

Die Vorstellung bewegte sich unterhalb dessen, was das Sanfttheater sonst zu bieten hat. Die Ausstattung war unbedeutend; das Spiel, besonders im zweiten Akt, ohne eine heitere Führung. Ist Möbius gab die Komtesse. Sie war wie immer lebhaft und munter, aber kleider! in der ewig gleichen Manier. Norden gab als Swiffo Kapitän der See, keinerlei zu dichten Seehären, der reift gut geriet. Schneide als Bräutigam hatte viel Sorge um sein Monopol, und Schneide als Bräutigam war in Spiel und Aussehen manchmal ebenso unmöglich wie ein Pickelmoniker. Bögerl als Gott gab den Weltgerard; er war hellenvielleich gut. Die Tänzerin von El. Löffler war ein Wirkerspiel. Eine wohlerzogene und etwas lakonischere höhere Tänzerin kann kaum anders geben. Ein würdiges Gesetzblatt war die witzige Mutter des Komtesse.

hens. Sie spielte und sah aus wie eine würdige alte, die die moralische Festung mitgenommen wird. Die in letzter Zeit auftreffende Uta Schmidt scheint gute Anlagen zu haben; höchstens läßt sie sich nicht allzusehr in das bequeme Faßwasser der humoristischen treiben.

Möge das Hanseatheater in Zukunft seine Stille einheitlicher und sorgfältiger einführen; möge es der verbreiteten Komik nicht allzuzeiten Spielraum lassen! Auch eine Operettentheater hat sicherlich andere Aufgaben.

Sport.

Am Sonntag, dem 3. Juli, trägt die Fußballabteilung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins folgende Spiele aus: A.T.V. I führt nach Elmshorn in folgender Aufstellung: H. Heitmann, B. Wilms, Geerk, Gelsen, M. Kratz, Glaßen, Seifert, Popp, Sturm, Erdmann, Erkemann; W. Mülack. A.T.V. III gegen Schlitup I nachm. 9.30 auf Buntamshof. A.T.V. V gegen Moisling I nachm. 2.00 Buntamshof. A.T.V. VI gegen Moisling II 10.30 vorm. Buntamshof. A.T.V. VII gegen Moisling 9.00 morgens auf Buntamshof.

Am Sonntag, dem 10. Juli, kommt Eckernförde nach Lübeck, um sich mit A.T.V. Viga zu messen und am 17. Juli Wacker-Miel. Die Wackeraner, welche erst kürzlich zum Arbeiter-Turn- und Sport-Verein übergetreten sind, kommen aus dem Deutschen Fußball-Bund und repräsentieren hohe erste Klasse. Ihr erstes Spiel endete gegen den Kieler Meister mit 3:1 zu ihren Ungunsten. Der Besuch dieser beiden Spiele wird sich also wohl lohnen, zumal beide Mannschaften das erste Mal in Lübeck spielen. G.S.

1. Arbeiter-Sport-Fest am 3. Juli 1921 in Bad Schwartau. Fst. Programm. Von pünktlich 8.00 Uhr bis 10.00 Uhr Voltzmärsche. Wettkämpfe, anschließend 100-Meter-Strafetze. Fußballturnier: 10.00 Uhr Gutin gegen Schwartau II. Festsitzung pünktlich 1.30 Uhr. 2.30 bis 3.30 Uhr: Schüler A.T.V. Schwartau gegen Schüler A.T.V. Lübeck I. Schlagball: 3.30—4.30 Uhr: Lübeck (Stadt II) gegen Külkow I. Schwartau gegen Moisling. 4.30—5.30 Uhr: Lübeck (Holstendorf) gegen Schlitup. Stoteldorf gegen Seetzel I. Fußball: 5.30—7.00 Uhr: Schwartau I gegen Gutin I. 4.00 Uhr: Touren: 2.30—3.30 Uhr: Faustballwettkämpfe. Schwartau 3 Mannschaften, Külkow 3 Mannschaften. 1/2.00 Uhr vormittags: Kampfsicher und Spielführer-Sitzung in den Steuerbüchsen. Wir weisen auf den pünktlichen Abmarsch des Festzuges hin. Nach Möglichkeit haben sämtliche Sportler im Sportanzug im Festzug zu erscheinen. Sportler, Arbeitersportfreunde, beteiligt auch an diesem 1. Arbeiter-Sport-Fest der Provinz Lübeck in Wassen. Frei Heil der deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbewegung. G.P.

Sprechsaal.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Eine „neuzeitliche Erziehungsmethode“ scheint der Lehrer Abel in Dummerstorf eingeführt zu haben. Schon wiederholt ist es diesem Herrn passiert, daß er die ihm anvertrauten Kinder derart behandelt, daß sie tagelang zu leiden hatten. Über eine Glanznummer 1. Stanges leistete sich dieser Herr vorige Woche an meiner 18-jährigen Tochter, die er derartig mißhandelte, daß ich das Kind einige Tage von der Schule fernhalten mußte und einen Arzt zu Rate zog. Man weiß wirklich nicht, ob man die Langzeit der bissigen Einwohner oder die Rücksicht des Lehrers mehr bewundern soll. Die Bevölkerung zeigt jedenfalls durch ihr ruhiges Verhalten, daß sie etwas mehr Aufstand besitzt als ihr Lehrer. Die betreffende Behörde aber möchte ich doch auf diesen „Herrn“ aufmerksam machen und sie darum bitten, ihm doch wenigstens die liegenden Ausdrücke wie „Pact“, „Wolf“ und „Banda“, die ihm sehr lose liegen, zu verbieten, denn solche Ausdrücke gehören nicht in ein Kinderzimmer. J. H. S. Wegener.

Die „besseren“ Fahrgäste.

Wie rücksichtslos mitunter die „gebildeten“ Kreise sind, beweist ein Vorfall, der sich erst vor kurzer Zeit auf der Linie 3 der Straßenbahn ereignete. Ich fuhr abends 1/2 Uhr von Markt mit noch einigen Fahrgästen. An der ersten Haltestelle, Rothenstraße, hielt der Wagen. Dort standen 12—15 Personen, die wohl ihr „Kaffettenträger“ bezeichnet hatten. Stattdessen eingingen als der Wagen hielt, musterten wir muten, ehe es den Herrschäften beliebte einzusteigen. Das Händedücken und Blütingen machte wollte gar kein Ende nehmen, bis es dem Wagenführer doch zu bunt wurde, und er Anhalten machte, weiter zu fahren. Da war natürlich das Hallo groß. Dann ging's bis zur Königstraße, wo ein Teil der Herrschäften aussteigen wollte. Nur ging das endlose Verabschieden wieder los, ohne Rücksicht auf die anderen Fahrgäste. Derartige Vergrößerungen sollten unterbunden werden. Jeder sollte wissen, daß die Straßenbahnen einen bestimmten Fahrplan haben. Wie dieser Vorfall zeigt, wäre es sehr angebracht, wenn der Schaffner dem Publikum gegenüber mehr Energie zeigte. A. St.

Telephonischer Anruf genügt um Ihre Reisegepäck billige und zu glänzenden Bedingungen zu versichern. **Erich W. Hautz,** Wohl. Versicherungen, Breite Straße 54, I. Telefon 8125. Generalvertreter der Union, Aktien-Gesellschaft für See- und Flußversicherungen in Stettin. 8881

Die Meggendorfer Blätter sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie. Vierteljährl. 13 Nummern M. 15.60 beim Postamt oder vom Verlag. Die einzelne Nummer kostet M. 1.25. Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mark 2.— kostet. Gegen weitere 80 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag München, Perlustrasse 5 zu bestellen.

die Arbeitsförderungsgenossenschaft will die Sozialisierung des Baugewerbes praktisch vorarbeiten. Zur Erreichung dieses Ziels begründet die mit Aufträgen gut versehene Genossenschaft **wir sind Mitglieder!**

Bekanntmachung.

Vom 1. Juli d. J. ab sind die Bezahlungs beträge für Gas-, Elektrizität und Wasser sowie die fahr mäßigen Beiträge zur Stadt wasserleitung und die Abgabeboten nicht mehr im finanziellen sondern in der Kasse der Betriebsbehörde, Mengstraße 26, Erdgeschoss, an den Beiträgen vornehmlich zwischen 8 und 12½ Uhr zu zahlen.

Gelehrte werden die auf den Gebotestränen für die Leistungen zur Stadtwasserleitung vermerkten Spätkommen gebündert. Die Beiträge sind häufig zu zahlen:

- a) für die in der Stadt belegenen Häuser:
 im 2. Quartalsjahr vom 1. bis 10. August 1921,
 im 3. " " 1. , 10. November 1921,
 im 4. " " 1. , 10. Februar 1922.
 - b) für die in den Vorstädten St. Jürgen und St. Gertrud belegenen Häuser:
 im 2. Quartalsjahr vom 11. bis 20. August 1921,
 im 3. " " 11. , 19. November 1921,
 im 4. " " 11. , 20. Februar 1922.
 - c) für die in der Vorstadt St. Lorenz belegenen Häuser:
 im 2. Quartalsjahr vom 21. bis 31. August 1921,
 im 3. " " 20. November 1921,
 im 4. " " 28. Februar 1922.
- Zuletzt, den 27. Juni 1921. (3529)

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung.

Die Lübecker Brandstelle (vereinigte Handels- und sozialistische Brandbeschleunigungsstellen) schlägt gegen entsprechende erhebliche Summen für Brandstädte in Städten, die vor dem 1. April 1917 errichtet wurden und eine gegen die Zeit um 50% erhöhte Entschädigung. Auf Antrag eines Verkäufers kann eine weitere Erhöhung der Entschädigungssumme (Wiederherstellung, Vorbergerichtnahme) vereinbart werden, gegen Abhandlung eines weiteren außerordentlichen Brandbeschleunigungsfallen. Darauf wird man Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Erhöhung der Bausummen notwendig ausdrücklich gestellt. (3550)

Zusätzlich werden im Bereich der Lübecker Brandstelle, Neuermarktstr. 12, Zimmer Nr. 10, erscheinen:
 Sabed, den 1. Juli 1921.
Sabedder Brandstelle.

G. G. Überarbeitet v. M. P. O.
 3529) Engerwitz 11.

Rücksichtsf. 21. Juli 22,
 bei Dr. H. E. 12. (3550)

Bei mir 1. September
 Sabedder 205, I.
 G. D. a. S. 35. 35. (3550)

Konstverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Am gestrigen Tage starb plötzlich und unerwartet unser Mitarbeiter, der Kutscher

Johannes Riepenau.

Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen treuen und gewissenhaften Arbeiter, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden. (3555)

Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Möbel

Eßzimm., Schlafr., Küch.
 Boldts Möbellager
 Fischergrube 27. (3555)

Dinner- und Herren-
 futter (ohne Gummi) zu
 kaufen gel. Ang.
 unter A S. a. d. Exx. (3554)

Damen- u. Kindergart. w.
 angef. (3574) Hundest. 74.

Gei. 1 Werkstatt Lorenz M.
 Ang. Glandorffstr. 45, III, 1.
 (3567)

Maurergerüllen.
 Fellen ein
H. Wandke & Sohn
 Seibelsplatz 21. (3549)

Möbel 3572
 Polsterwaren, Spiegel
 Herren-Anzüge
 auf Teilzahlung.
 Kesten, Holstenstr. 171

Spez. Verlobungsringe
 393, 585, 750,
 und 900 gest.
 Silberwaren,
 Schmuckstücke.

W.W. Westfehlmann
 holsten-
 strasse 32
 Uhren- und Goldwaren-
 Reparatur-Werkstatt. (3579)

Wedges Lampatz Pf. 10.50
 Kalmin 11.50
 Margarine Pf. 8 u. 7.50
 Zimtbonbon Pf. 4.50
 Sirup Pf. 2.50 und 3.50
 Dinkelteig Pf. 7.50
 Bif. Käse Pf. 8. u. 9.
 Dan. Käse Pf. 11 u. 15.
 Gelb. Maisgrütz Pf. 1.50
 Reis Pf. 2.20 u. 2.90
 Reismehl Pf. 1.50
 Butterwickelde Pf. 1.95
 Gebr. Getreide Pf. 4.50
 Reis 74 Pf. 3.75 u. 4.50
 Get. Käse Pf. 5. u. 6.

Eduard Speck
 Südfir. St. v. 82 (3578)

Achtung! Fritz Kruse



G. m. b. H.
 Schäfferbuden 32
 Telephon Nr. 8244

empflicht (3560)

frisch gerüst. Kaffee

Pf. 20.00, 22.00, 24.00:
 und 30.— Mf.

Haferflocken, püma, Pf. 2.85
 Reismehl, Pf. 2.60 u. 2.80
 Sagomehl Pf. 3.90
 Maispudermehl Pf. 3.50
 Brüder, klarer; Pf. 2.55
 und 2.75

Rangoon Bollerz, Pf. 2.95
 Carolinenreis Pf. 3.90
 Japanreis Pf. 4.50
 Streichölzer, Paket 2.25
 Erdsen, grüne, gutkochend,
 Pf. 1.90

Bohnen, weiß, 1.40 u. 1.70
 Kernseife, va. Doppelriegel
 2.45 Mf.

Margarine, Pf. 8.00 u. 10.00
 feinste Meiericbutter Pf. 22.00

Cimburg. Setzfüße

Pfund Mf. 10.—

Ia. Wüller Käse

Pfund Mf. 10.—

Zu haben bei: (3559)

Peters, Wahlstr. 29.

Lüb. Gemeinnützige Milch-
 versorgung e. G. m. b. H.

Privateindruckslachen

gewinnen in der heutigen Zeit immer
 mehr an Bedeutung.

Glückwunschkarten
 Hochzeitsseinladungen
 Verlobungsanzeigen
 Dankesagungen
 Visites

fertigen wir in kürzester Zeit ge-
 schmackvoll zu angemessenen Preisen an

Lübecker Volksbote
 Fr. Meyer & Co. Johannisstr. 46.
 Geschäftzeit von 8—6 Uhr